

Rundbrief 2-2020

Brief der Geschäftsführerin

Veranstaltungen

- 4 Geschäftsstelle
- 6 Junge DGO
- 9 Zweigstellen

Publikationen

- 12 Zeitschrift OSTEUROPA
- 16 Zeitschrift OSTEUROPA-Recht
- 18 Länder-Analysen

Mitglieder

- 20 Personalien
- 22 Veröffentlichungen
- 23 Junge DGO

Aktuelles aus der Osteuropaforschung

- 27 Personalien
- 28 Akademische Initiative Belarus
- 29 Bestandsaufnahme Osteuropaforschung

Veranstaltungsberichte

- 32 Veranstaltungsreihe „Revolution in Belarus“
- 40 Research Under the Covid-19 Condition: Eastern Europe as a Global Area
- 43 Begegnungen mit der Erinnerung „Die Architektur der Blockade“
- 45 Belarus zwischen Aufbruch und Repression.
Ein Gespräch mit Swetlana Tichanowskaja und Nils Schmid
- 47 ‚Status quo vadis?‘ Bestandsaufnahme und Zukunft der geographischen Osteuropa-Forschung
- 50 Inequality in Eastern Europe
- 52 Die Zukunft der Ostrechtsforschung
- 55 Der Krieg um Bergkarabach / The war over Nagorno-Karabakh
- 57 Moldau nach den Präsidentschaftswahlen
- 59 Kirgisistan nach dem erneuten Umsturz

Impressum

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder,

die vergangenen Monate waren in vielerlei Hinsicht dramatisch. Gerade im östlichen Europa entluden sich innen- und außenpolitische Konflikte in teils gewaltsam unterdrückten Protesten und Krieg. Über allem liegt bis heute die Covid-19-Pandemie, die auch Deutschland hart trifft.

In Belarus protestieren die Menschen seit den manipulierten Präsidentschaftswahlen vom August des letzten Jahres gegen das Regime von Aljaksandr Lukaschenka. Die DGO hat diese Proteste in einer digitalen Veranstaltungsreihe und einem Podiumsgespräch mit der Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja diskutiert. Auch die Zweigstellen sowie die Regionalgruppen der Jungen DGO organisierten im Herbst Veranstaltungen mit Personen aus Belarus. Die Zeitschrift OSTEUROPA legte zum Jahresende mit dem Themenheft „Gewalt statt Macht. Macht statt Gewalt“ eine Analyse der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation in Belarus vor und bringt seit September mit dem Blog „Fokus Belarus“ aktuelle Beiträge aus und über das Land. Die DGO beschränkt sich aber nicht auf Berichterstattung. Mit Solidaritäts- und Spendenaufrufen haben wir viele engagierte Personen und Institutionen in Deutschland dazu ermuntert, sich für politisch bedrängte Personen in und aus Belarus einzusetzen.

Der verlustreiche Krieg in und um Bergkarabach zeigte im Herbst einmal mehr, dass die „frozen conflicts“ im post-sowjetischen Raum noch immer schnell in militärische Gefechte münden. In Kirgisistan führten die offensichtlich gefälschten Parlamentswahlen Anfang Oktober zum dritten Regierungssturz innerhalb von 15 Jahren. Die DGO beleuchtete beide Konflikte im Rahmen von Online-Diskussionen. Neben den aktuellen Themen haben wir aber auch längerfristige Entwicklungen im östlichen Europa genauer in den Blick genommen. Das OSTEUROPA-Themenheft „Umweltpolitik in Russland“ analysiert Rohstoffabbau, Umweltpolitik und Umweltbewusstsein von sowjetischer Zeit bis heute. Die von der DGO mit herausgegebenen Länder-Analysen legten im Herbst einen gemeinsamen Themenschwerpunkt auf die Verteilung von Armut und Reichtum im östlichen Europa. Auch die Fachgruppe Wirtschaft analysierte bei ihrer Fachtagung die wirtschaftliche Ungleichheit im östlichen Europa und die Konsequenzen für soziale, politische und wirtschaftliche Entwicklungen in der Region.



Gabriele Freitag
Geschäftsführerin
DGO

30 Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion werden wir derartige Langzeitanalysen auch im neuen Jahr fortsetzen.

Unsere Jahrestagung am 26. März über Abhängigkeiten und Interdependenzen zwischen China, dem östlichen Europa und der Europäischen Union wird aufgrund der anhaltenden Pandemie als virtuelle Veranstaltung stattfinden. Auch die Mitgliederversammlung am 25. März werden wir online abhalten.

Abschließend noch folgender Hinweis: Damit Sie sich noch besser auf dem Laufenden halten können, informieren wir Sie seit dem Herbst mit einem weiteren Twitterkanal [@DGO_Berlin](#) über unsere Aktivitäten. Diejenigen, die mehr erfahren möchten, verweisen wir auf unsere Hashtags: [#DGO](#), [#JungeDGO](#), [#OSTEUROPA](#).

Ihre



Veranstaltungen

Geschäftsstelle: Vorschau

Datum / Ort	Titel	
26. Januar, online	Podiumsdiskussion Post-Soviet migration to Germany and Israel	Kooperationspartner: Deutsch-Israelisches Zukunftsforum (dizf)
24. Februar, online	Podiumsdiskussion Situation der Krimtararen	Kooperationspartner: Konrad-Adenauer-Stiftung Kyjiw und Gesellschaft für bedrohte Völker
18. März, online	Fachgespräch der DGO-Fachgruppe Recht Zur Situation der Jurist*innen in Belarus	Kooperationspartner: Junge DGO
26. März, online	Jahrestagung Verflechtungen und Abhängigkeiten: China – Osteuropa – Europäische Union	Kooperationspartner: Bertelsmann Stiftung und Mercator Institute for China Studies (MERICS)
21.–22. April, online	Fachtagung Religion Anti-Genderism in Central and Eastern Europe – A Question of Religion?	Kooperationspartner: Zentrum für Osteuropa und internationale Studien (ZOiS)
21.–24. April, online	Kongress Globalising Eastern Europe – New Perspectives on Transregional Entanglements	Kooperationspartner: Leibniz ScienceCampus “Eastern Europe – Global Area“ (EEGA), British Association for Slavonic & East European Studies (BASEES) und Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)

Geschäftsstelle: Rückschau

Datum / Ort	Titel	
19. August, online	Podiumsdiskussion Deutsch-russische Beziehungen Anzeichen für Veränderungen?	Kooperationspartner: Konrad-Adenauer-Stiftung, Gerhart-Hauptmann-Haus und Landsmannschaft der Deutschen aus Russland
25. August, Köln	Vortrag Konflikte in der Arktis Russland, der Klimawandel und seine Folgen	Kooperationspartner: Lew Kopelew Forum Köln

Datum / Ort	Titel	
Veranstaltungsreihe Revolution in Belarus		
27. August, online	Podiumsdiskussion Gesellschaft im Aufbruch	
1. September, online	Podiumsdiskussion Geschichtsbilder und Symbolik	
3. September, online	Podiumsdiskussion Nachbarschaftshilfe? Belarus und Russland	
10. September, online	Podiumsdiskussion Jenseits der Östlichen Partnerschaft: Belarus und die Europäische Union	
16. September, online	Podiumsdiskussion Research under the Covid-19 Condition: Eastern Europe as a Global Area	Kooperationspartner: Leibniz ScienceCampus “Eastern Europe – Global Area“ (EEGA), British Association for Slavonic & East European Studies (BASEES) und Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)
23. September, online	Podiumsdiskussion Begegnung mit der Erinnerung „Die Architektur der Blockade“	Kooperationspartner: Deutsch-Russisches Begegnungszentrum St. Petersburg
1. Oktober, online	Tagung JOE on Web	
3. Oktober, online	Podiumsdiskussion Neue Medien in alten Autokratien	Kooperationspartner: Dekabristen e. V.
5. Oktober, online	Podiumsdiskussion Belarus zwischen Aufbruch und Repression Ein Gespräch mit Swetlana Tichanowskaja und Nils Schmid	Kooperationspartner: Zentrum Liberale Moderne (LibMod)
5.–6. Oktober, online	Fachtagung Geographie „Status quo vadis?“ Bestandsaufnahme und Zukunft der geographischen Osteuropa-Forschung	Kooperationspartner: Professur für Humangeographie, Institut für Europäische Studien und Geschichtswissenschaften, Technische Universität Chemnitz
7.–8. Oktober, online	Fachtagung Wirtschaft Economic Inequality in Eastern Europe and Its Consequences for Social, Political and Economic Development	Kooperationspartner: Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung und Ludwig-Maximilians-Universität München
2.–3. November, online	16. Kyjiwer Gespräche Sieben Jahre Euromaidan: Reformen oder Revanche?	Kooperationspartner: Europäischer Austausch und weitere
6. November, online	Fachgespräch der DGO-Fachgruppe Recht Die Zukunft der Ostrechtsforschung	

Datum / Ort	Titel	
17. November, online	Podiumsdiskussion Der Krieg um Bergkarabach The war over Nagorno-Karabakh	
23. November, online	Podiumsdiskussion Moldau nach den Präsidentschaftswahlen	Kooperationspartner: Deutsch-Moldau- isches Forum
1. Dezember, online	Podiumsdiskussion Kirgisistan nach dem erneuten Umsturz	Kooperationspartner: Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)

Junge DGO: Vorschau

Datum / Ort	Titel	
14. Januar, online	Vortrag Georgien nach den Parlamentswahlen vom 31. Oktober 2020	David Aprasidze (Tbilisi)
27. Januar, online	DGO Online-Kolloquium Die Situation erwerbstätiger Polinnen während der langen Transformationszeit in Polen – rechtliche und soziokulturelle Zwänge als Quellen von (Un-) Gleichheit?	Johannes Kleinmann (Berlin)
24. Februar, online	Vortrag Nationale Minderheiten in Zeiten des Wandels: Zugehörigkeiten, Loyalitäten und Alltagserfahrungen	Alina Jasina-Schäfer (Oldenburg)
24. Februar, online	DGO Online-Kolloquium Promovieren und Forschen in Corona-Zeiten	Heidi Hein-Kircher (Marburg)

Regionalgruppen der Jungen DGO: Vorschau

Datum / Ort	Titel	
Leipzig		
	Veranstaltungsreihe Aktuelle Perspektiven auf die Proteste in Belarus	Kooperationspartner: Universität Leipzig
11. Januar, online	Podiumsdiskussion Perspektiven aus Kunst und Kultur auf die Proteste in Belarus	Iryna Herasimovich (Minsk)
München		
21. Januar, online	Podiumsdiskussion Khabarovsk vs Moscow? Protest in Russia's Far East	Kirill Shamiev (Wien)
11. Februar, online	Filmabend Dokumentarfilm МАЙДАН/MAIDAN (NL 2014)	Sergei Loznitsa

Junge DGO: Rückschau

Datum / Ort	Titel	
8. Juli, online	#nachgehakt Verfassungsreferendum in Russland	Fabian Burkhardt (Berlin)
29. Juli, online	DGO Online-Kolloquium Der spanische Bürgerkrieg als transnationaler Kommunikationsraum – kommunistische Internationale und Trotzismus in Spanien	Maximilian Fixl (München)
4. August, online	#nachgehakt Präsidentschaftswahlen in Belarus	Olga Dryndova (Berlin)
26. August, online	DGO Online-Kolloquium Denkfabriken, Meschdunarodniki, Politikwissenschaft – Wie die internationalen Beziehungen die Entstehung der Politikwissenschaft in Russland beförderten	Felix Riefer (Bonn)
30. September, online	DGO Online-Kolloquium Solidarität unter Vorbehalt: Migration und Zivilgesellschaft in der Slowakei	Eva-Maria Walther (Regensburg)
16. Oktober, online	Workshop Zukunft Osteuropa III	
24. Oktober, online	Kick Off-Veranstaltung DGO-Mentoringprogramm	
28. Oktober, online	DGO Online-Kolloquium Ländliche Raumpolitik in der Weimarer Republik. Die Tschechoslowakei und der Peripherie-Diskurs in der Bayerischen Ostmark	Patrick Reitingner (Bamberg)
18. November, online	#1h jungedgo on Web Krieg in Nagorno-Karabakh – Hintergründe und geopolitische Auswirkungen	Cindy Wittke (Regensburg)
25. November, online	DGO Online-Kolloquium Gute Daten, gute Wissenschaft, gute Texte: Forschungspraktische und forschungsethische Überlegungen im autoritären Feld	Vera Rogova (Frankfurt a. M.)
26. November, online	Workshop 7 Jahre Euromaidan. Die Revolution der Würde als Teil der eigenen Biographie	Kooperationspartner: Kyjiwer Gespräche
15. Dezember, online	#1h jungedgo on Web Erzwungene Kurskorrektur? Die polnische Außenpolitik nach der US-Präsidentschaftswahl	Kai-Olaf Lang (Berlin)

Regionalgruppen der Jungen DGO: Rückschau

Datum / Ort	Titel	
Bamberg/Erlangen		
5. November, online	Vortrag Herausforderung internationaler Konfliktbearbeitung in postsowjetischen Sezessionskonflikten: Die EU in Abchasien	Sebastian Relitz (Jena)
10. Dezember, online	Filmabend Deutsch-tschechischer Filmabend mit Diskussion: „schichteln“ (2020) & „Die letzte erste Tanke / První a poslední pumpa“ (2020)	Verena Wagner (München) Ferdinand Hauser (Wien) Conrad Winkler (München)
Berlin/Brandenburg		
5. Dezember, Berlin	Stadtspaziergang Von „Mitte“ nach Osten – Stadtspaziergang durch das osteuropäische Berlin – die Karl-Marx-Allee	Wiebke Harlis (Berlin)
8. Dezember, online	Workshop Networking Belarus – possibilities of political, civil and academic cooperation	Kooperationspartner: Zweigstelle Frankfurt (Oder)
Bremen		
6. Dezember, online	Online Pub-Quiz (Nikolaus-Edition)	
Leipzig		
	Veranstaltungsreihe Aktuelle Perspektiven auf die Proteste in Belarus	Kooperationspartner: Universität Leipzig
14. Dezember, online	Podiumsdiskussion Perspectives from Academia on the Current Protests in Belarus	Pavel Barkouski (Wien) Tsimafei Malakouski (Vilnius)
30. November, online	Podiumsdiskussion Feministische Perspektiven auf die Proteste in Belarus	Olga Shparaga (Minsk)
München		
19. November, online	Vortrag Protest im post-sowjetischen Osteuropa – ein aktueller Überblick	Jan Matti Dollbaum (Bremen)
3. Dezember, online	Filmabend Dokumentarfilm „Vai Viegli Būt Jaunam? / Ist es leicht, jung zu sein?“ (UdSSR 1986)	Ilja Kujuk (München)

Zweigstellen: Vorschau

Datum / Ort	Titel	
Düsseldorf		
28. Januar, online	Vortrag Tschernobyl. Lukaschenka. Belarusische Revolution 2020	Ekaterina Jadtschenko (Minsk)
Gießen/Marburg		
16. Februar, online	Podiumsdiskussion Belarus-Reisen. Empfehlungen aus der deutschen Wissenschaft	Gun-Britt Kohler (Oldenburg) Heinrich Kirschbaum (Freiburg) Thomas Bohn (Gießen)
Göttingen/Kassel		
19. Januar, online	Podiumsdiskussion Georgien - Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft	Nana Kharebava (Marburg) Oliver Reisner (Tbilissi) Bidzina Lebanidze (Jena) Ana Lolua (Tbilissi) Liana Kupreishvili (Regensburg) Diana Bogishvili (Berlin)
Oldenburg		
8. Februar, online	Buchpräsentation Mapping the Spirit: The Geography of Hasidism / Den Geist verorten: Zur Geographie des Chassidismus	Marcin Wodziński (Breslau)
Zweigstellen: Rückschau		
Datum / Ort	Titel	
Bochum		
25. November, online	Vortrag Polish Justice System in Chaos: the consequences of the political assault on the judiciary	Adam Krzywoń (Warschau)
Dresden		
3. September, online	Vortrag Putins Verfassungscoup – Krönung seines Regimes	Otto Luchterhandt (Hamburg)
22. Oktober, online	Vortrag Polen unter anderen. Literatur und globale Migration	Dirk Uffelmann (Gießen)
Düsseldorf		
10. September, Düsseldorf	Vortrag »Ich kam als Gast in euer Land gereist ...« Deutsche Antifaschisten in der Sowjetunion 1933–1956	Wladislaw Hedeler (Berlin)

Datum / Ort	Titel	
23. September, online	Vortrag Wurde der Hitler-Stalin-Pakt mit dem Blut deutscher kommunistischer Emigranten besiegelt?	Carola Tischler (Berlin)
Freiburg		
19. November	Podiumsdiskussion Belarus: Eine höfliche Revolution? Wurzeln, Dimensionen und Perspektiven des Protestes in Belarus	Thomas Bohn (Gießen) Lena Prents (Berlin) Tatiana Shchytsova (Vilnius) Olga Shparaga (Minsk)
Gießen/Marburg		
3. November	Vortrag Geschichtswerkstatt und Tagespolitik, Entwicklungen in der Republik Belarus	Aliaksandr Dalhouski (Minsk)
24. November	Podiumsdiskussion Putin als Historiker. Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg im neuen Russland	Anke Hilbrenner (Göttingen) Dietmar Neutatz (Freiburg) Thomas Bohn (Gießen)
8. Dezember	Vortrag Das Deutsche Historische Institut in Moskau. Geschichte und Politik	Sandra Dahlke (Moskau)
Göttingen/Kassel		
14. Dezember	Podiumsdiskussion Holocaust in Belarus – Geschichte und Erinnerung	Aliaksandr Dalhouski (Minsk) Kristiane Janeke (Berlin) Siarhei Novikau (Minsk)
Regensburg		
10. November	Podiumsdiskussion Protest und Alltag in Belarus – eine Gesellschaft im Wandel	Volha Bartash (Regensburg) Andrey Vozyanov (Minsk) Nina Weller (Frankfurt / Oder)
Tübingen		
16. November	Vortrag Vertikal, lokal, dynamisch. Das Verhältnis belarusischer Zentralgewalt und städtischer Verwaltung im August 2020	Felix Ackermann (Warschau)



Publikationen

OSTEUROPA



Der OSTEUROPA-Band „Im Fluss“ ist der Umweltpolitik in Russland gewidmet. Lange Zeit schienen Russlands Raum und seine Ressourcen unendlich. In der Sowjetunion entstanden gigantische Projekte mit desaströsen Folgen für Mensch und Umwelt. Gleichzeitig gibt es in den Weiten des Landes unberührte Natur mit sensiblen Ökosystemen von faszinierender Schönheit. Ökologisches Bewusstsein und der Gedanke der Nachhaltigkeit brechen sich auch in Russland Bahn. Gleichzeitig sind die Metallurgie- und Kohlebranche für erhebliche Treibhausgasemissionen und katastrophale Umweltschäden verantwortlich. OSTEUROPA nimmt ein weites Feld in den Blick: Klima und Kohle, Wald und Forst, die Stadt, den Müll und die Proteste, die Folgen der Öl- und Gasförderung, der Wasserkraft sowie der Nutzung des Atoms für Mensch und Umwelt. Das alles in 18 Studien: interdisziplinär, empirisch fundiert und analytisch.

Der Band hat 336 Seiten und enthält 19 Karten sowie 63 Abbildungen. Mitglieder der DGO erhalten das Heft zu einem Sonderpreis von 20,00 Euro (statt 28,00), zzgl. Versandkosten.

Lara Rindt
Un-heile Welt
Mensch und Natur in der russischen Gegenwartsliteratur

Nadežda Kutepova
Die Wiederaufbereitung von Majak
Vom Sieg der Atomindustrie über das Recht

Vladimir Slivjak
Verlustgeschäft Atomreaktorexport
Russlands symbolische Geopolitik

Olesja Vikulova, Violetta Rjabko, Lukas Latz
Katastrophe mit Ansage
Der Ölunfall von Noril'sk

Vladimir Čuprov, Veda Košovskaja
Traurige Tundra
Ölunfälle in Russland – Ursachen und Lösungen

STADTABFÄLLE UND AGRARGIFTE

Gerit Schulze
Sorgen entsorgen
Abfallwirtschaft in Russland

Robert Argenbright
Der Müll und die Macht
Abfallwirtschaft und Herrschaft unter Putin

Timm Schönfelder
Bodenerosion und Pestizidbelastung
Das Erbe des Reisanbaus im Gebiet Krasnodar

Inhalt

Editorial
Der schnelle und der langsame Klimawandel

Klaus Gestwa
Ein weites Feld
Forschungen zur Umweltgeschichte der Sowjetunion

DAS KLIMA UND DER WALD

Angelina Davydova
Keine Bananen aus Sibirien!
Klimawandel und Klimapolitik in Russland

Albrecht Bemann, Vladimir Petrov
Wald und Forstwirtschaft in Russland
Entwicklung, Stand und Perspektiven

Markus Radday
Tiger, Kiefernüsse und Holzeinschlag
Die temperierten Wälder im Fernen Osten Russlands

Ulrich Schmid
Der Abgeordnete des russischen Waldes
Leonid Leonovs Engagement für den Umweltschutz

DIE KOHLE UND DER STAHL

Stephen Fortescue, Ellie Martus
Black Jack
Russlands Kohleindustrie und der Klimawandel

Anton Lementuev
Schwarze Lunge, schwarzer Schnee
Kohleförderung im Kuzbass

Stephen Fortescue
Russlands Schmutzhütten
Die Umweltbilanz des Metallurgiesektors

Lukas Latz
StopGOK in Čeljabinsk
Das Kupfer, der Protest und die Repression

DREI KRÄFTE: WASSER, ATOM, ÖL

Evgenij Simonov
Auslaufmodell
Wasserkraft in Russland



In dem Doppelband „Macht statt Gewalt oder: Gewalt statt Macht / Belarus: Schritte zur Freiheit oder: Repression, Schikane, Terror“ haben 30 Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Feldern die Macht der Gesellschaft und die Gewalt der staatlichen Einsatzkräfte analysiert. Sie zeigen auf, wie und warum das Regime von Aljaksandr Lukašenka seine Legitimität verlor, welche Faktoren die Mobilisierung beförderten, welche Strategie Russland in Belarus verfolgt und welche Auswirkungen die Ereignisse auf die internationalen Beziehungen im gesamten osteuropäischen Raum haben. Analysen zur Volkswirtschaft sowie zum Atomkraftwerk Astravec, stehen neben Studien zum Mediensektor und zum IT-Bereich; Längsschnittanalysen zur Geschichte neben Essays zur belarussischen Prosa und Lyrik.

Der Band hat 440 Seiten und enthält 6 Karten sowie 66 Abbildungen. Mitglieder der DGO erhalten das Heft zu einem Sonderpreis von 20,00 Euro (statt 28,00), zzgl. Versandkosten.

Inhalt

Helmut König

Macht und Gewalt
Beiläufiges zu Grundsätzlichem in Belarus

Astrid Sahn

Politisches Patt in Belarus
Etappen einer Systemkrise

Roland Götz

Staatskapitalismus à la Belarus
Sonderweg, Umweg oder Sackgasse?

Ingo Petz

Die Stimmung ist nicht dieselbe
Protest und Protestkultur in Belarus

Uladzimir Lachouski

Die weiß-rot-weiße Nation
Eine kurze Geschichte der belarussischen Staatssymbole

GEWALT STATT MACHT

Petra Stykow

Der lange Abschied vom Bac'ka
Lukašenkas Popularität und ihr Niedergang

Maryia Rohava, Fabian Burkhardt

Diktatur ist unser Markenzeichen
Belarus: Machtvertikale vs. horizontale Gesellschaft

Valerij Karbalevič

Fanatiker der Macht A
Aljaksandr Lukašenkas Weltbild und Herrschaftstechnik

Repressionsdynamik

Verhaftungen, Übergriffe, Urteile
Dokumentation

Siarhei Bohdan

Monopolisten der Gewalt
Polizei, Geheimdienste und Armee in Belarus

Erniedrigt, geschlagen, gefoltert

Opfer von Polizeigewalt berichten
Dokumentation

Christian Ganzer

Alles „Prostituierte“ und „Faschisten“
Diffamierung der Proteste in Belarus auf Telegram

MACHT STATT GEWALT

Elena Gapova

Mobilisierung in Belarus
Klasse, Staatsbürgerschaft, Gender

Nikolay Mitrokhin

Zwischen allen Stühlen
Die Belarussische Orthodoxe Kirche

Vol'ha Sjachovič

Geknebelt von der groben Macht
Pressefreiheit und Medien in Belarus

Olga Šparaga

Vertikal oder horizontal
Über den Konflikt zwischen zwei Gesellschaftsordnungen

Felix Ackermann

Machtvertikale und Solidaritätshorizontale
Der Staat und der Protest in Hrodna 2020

INNEN UND AUSSEN

Maksim Samorukov

Am Haken
Russland und Belarus

Sabine Fischer, Janis Kluge, Astrid Sahn

Souveränität, Subordination, Integration
Schlüsselfragen zwischen Moskau und Minsk

Kai-Olaf Lang

Nachbarn in Alarm
Die Politik Polens und Litauens gegenüber Belarus

MIKRO UND MAKRO

Alexandra Murphy

Vom Boom zum Brain Drain
Der belarussische IT-Sektor und das Regime

Kamil Klysinski

Danaergeschenk
Das Belarussische Atomkraftwerk

SPRACHE UND DICHTUNG

Ilma Rakusa

Tränenfabrik und Transformation
Spotlights auf die zeitgenössische belarussische Poesie

Thomas Weiler

Moving Mova
Belarussische Prosa in Bewegung

GESTERN UND HEUTE

Thomas Bohn

Mehr als Krieg und Tschernobyl
Belarus in der europäischen Zeitgeschichte

Anika Walke

Historische Orte als Chiffre
Protestbewegung und Erinnerungskultur in Belarus

Sjarhej Novikaŭ, Yuliya von Saal

Gebremstes Gedenken in Belarus
Maly Trascjanec, der Holocaust und die Erinnerungskultur

Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an osteuropa@dgo-online.org oder teilen Sie uns Ihre Bestellung telefonisch mit: 030/30 10 45 -81 /-82.

OSTEUROPA-Recht



Das Heft 1/2020 nimmt das Problem der Klauselkontrolle im mittel- und osteuropäischen Raum in den Fokus. Die Kredite, die viele Einwohner dieser Länder in Schweizerfranken einst aufnahmen, haben nicht nur nach der Krise 2008 das Bankensystem dieser Länder erschüttert, sondern auch die Wahrnehmung des europäischen Rechts verändert. Die gerichtlichen Auseinandersetzungen haben dazu geführt, dass die Bürger der „neuen“ Mitglieder des europäischen Rechtsraums die Geltung des EU-Rechts und die Bedeutung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes „hautnah“ zu spüren bekommen haben. Dadurch ist die Richtlinie 93/13 über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen zu einem der wichtigsten europäischen Rechtsakte im Bereich des Privatrechts geworden. Autoren aus unterschiedlichen europäischen Ländern stellen vielfältige Perspektiven der Klauselkontrolle dar.

Inhalt

Tatjana Josipović

Kroatische Verbraucher vs. Kredite in CHF – ein Drama in fünf Akten ohne Schlussakt

Mateusz Grochowski

Freedom of Contract on Crossroads: The Struggle over the Concept of Contract Liberty in 20th Century Poland

Aneta Wiewiórowska-Domagalska

How Does the Unfair Contract Terms Directive Penetrate National Legal Systems? – A Case Study Based on Mortgage-Secured Loans for Housing Purposes, Indexed or Denominated in CHF in Poland

Christian Alunaru

Maßnahmen der rumänischen Regierung zur Abfederung der verheerenden Folgen der Schweizer Franken-Kredite

Róbert Dobrovodský

Der Schutz des Schwächeren im slowakischen Zivilrecht

Iwona Karasek-Wojciechowicz

Die Sanktionierung missbräuchlicher Vertragsklauseln sowie die Vertragsrückabwicklung am Beispiel Polens

Monika Jurčová, Kristián Csach

93/13/EEC in Slovakia

Robert Mazur

The Difficult Path of the Implementation of Directive 93/13/EEC in Poland, as Illustrated by the Example of the Consumer Dispute with the Banking Sector Concerning Housing Loans Indexed to the Swiss Franc in 2013–2019

Piotr A. Owiński, Anna Paluch

Zur (In)Korrektheit der erbrechtlichen Terminologie in der polnischen und deutschen Rechtssprache anhand ausgewählter Beispiele – eine Kritische Studie

Viktoriia Ivaniuk, Serhiy Banakh

Cryptocurrency-Related Cybercrimes in Ukraine



Das Heft 2/2020 behandelt die Regelungen zur Teilnahme der von psychischen Beeinträchtigungen Betroffenen am bürgerlichen Rechtsverkehr. Bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein sah das bürgerliche Recht keine differenzierten Folgen solcher Beeinträchtigungen, sondern nur die Möglichkeit einer Entmündigung vor. Dies hatte zur Folge, dass die Willenserklärungen der entmündigten Person nichtig waren oder allenfalls beschränkte Geschäftsfähigkeit eintrat. Erst in den vergangenen Jahrzehnten hat sich weltweit die Einsicht durchgesetzt, dass sich auch die Beschränkung der bürgerlich-rechtlichen Geschäftsfähigkeit als gravierender Eingriff in die Rechtssphäre des Einzelnen an der Schranke der Verhältnismäßigkeit messen lassen muss. Die Staaten Osteuropas haben bei der Neugestaltung des Zivilrechts nach dem Umbruch vor dreißig Jahren vielfach noch das „binäre Modell“ der Geschäftsfähigkeit übernommen. Mittlerweile ändert sich dies unter dem Einfluss internationalen Rechts – neben der Behindertenrechtskonvention ist besonders die Europäische Menschenrechtskonvention von Bedeutung.

Inhalt

Mikhail Antonov

Law and Memory Politics in Russia

Maren Krimmer

Soviet War Memorials in Poland – An International Legal Analysis

Olga Kasharska

Erinnerungsgesetze in der sog. „Volksrepublik Donezk“

Sergi Jorbenadze

Die Vertragsstrafe im georgischen Recht

Bestellungen

Bitte richten Sie Ihre Bestellung mit Angabe der Lieferadresse per Mail an den Nomos-Verlag: abo@nomos.de.

Einzelhefte der OSTEUROPA-Recht kosten 21,00 Euro, ein Jahresabonnement kostet 98,00 Euro (für Mitglieder der DGO 79,00) zzgl. Versandkosten.

Länder-Analysen

Die DGO ist Mitherausgeberin eines Verbunds von Länder-Analysen, die aktuelle Analysen, Fakten und Chroniken der Entwicklungen in Osteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien bieten.

Alle Analysen sind unter www.laender-analysen.de kostenlos zugänglich.

Belarus-Analysen

Nr. 51 (09.10.2020)
Sozialpolitik

Nr. 52 (11.11.2020)
Proteste nach den Wahlen

Nr. 53 (21.12.2020)
Proteste: Werteorientierungen der Protestierenden und Loyalität des Sicherheitsapparates
Covid-19 in Belarus

Polen-Analysen

Nr. 259 (07.07.2020)
Die neuen historischen Museen in Polen

Nr. 260 (01.09.2020)
Polen nach dem Wahlmarathon

Nr. 261 (15.09.2020)
Soziale Gerechtigkeit in Polen

Nr. 262 (05.10.2020)
Die deutsch-polnische Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit

Nr. 263 (20.10.2020)
Gewerkschaften in Polen

Nr. 264 (03.11.2020)
Belarus und Polen

Nr. 265 Polen (17.11.2020)
Die Auseinandersetzung um LGTB in Polen

Nr. 266 Polen (01.12.2020)
Symbolpolitik in den Beziehungen Polens zu seinen Nachbarn

Nr. 267 Polen (15.12.2020)
Die Frauenproteste in Polen

Russland-Analysen

Nr. 389 (20.07.2020)
Arbeitsproteste
Putins Amtszeiten
Pressefreiheit

Nr. 390 (22.09.2020)
Armut und soziale Ungleichheit

Nr. 391 (04.10.2020)
Regionalwahlen
Regionale Wirtschaft
Nawalny

Nr. 392 (16.10.2020)
Umweltpolitik
Klimawandel
Kooperation EU-Russland

Nr. 393 (07.11.2020)
Rüstungskontrolle und US-amerikanisch-russische Beziehungen

Nr. 394 (20.11.2020)
De-Facto-Staaten
Bergkarabach
Transnistrien im moldauischen
Präsidentenwahlkampf

Nr. 395 (08.12.2020)
Agrarpolitik

Ukraine-Analysen

Nr. 238 (10.09.2020)
Strafverfahren gegen Poroschenko
Rechtsstaatlichkeit und Justizreform
Covid-19

Nr. 239 (25.09.2020)
Armut und Covid-19

Nr. 240 (14.10.2020)
Donbas-Krieg in Literatur und Film
Rechtsrock
EU-Ukraine Gipfel
Kommunalwahlen
Covid-19

Nr. 241 (28.10.2020)
Beziehungen zu Ungarn
Personalpolitik unter Selenskyj

Nr. 242 (16.11.2020)
Lokalwahlen

Nr. 243 (27.11.2020)
Verfassungskrise
Sicherheitsdienst

Nr. 244 (11.12.2020)
Bodenmarkt
Agrarforschung

Zentralasien-Analysen

Nr. 142 (15.07.2020)
Usbekistans potenzielle Mitgliedschaft in der Eurasischen Wirtschaftsunion

Nr. 143 (30.09.2020)
Bildung und soziale Ungleichheit in Kirgistan
Nahrungsmittelunsicherheit und Armut in Turkmenistan

Nr. 144 (04.12.2020)
Die Landwirtschaft Kasachstans im Klimawandel
Aktuelle Entwicklungen in Kirgistan
Präsidentenwahl in Tadschikistan

Russian Analytical Digest

No. 255 (14.07.2020)
Countering Violent Extremism

No. 256 (05.09.2020)
Russia's Arctic Policy

No. 257 (23.10.2020)
Russia and Belarus

No. 258 (09.11.2020)
Media Capture

No. 259 (30.11.2020)
Russian Military Strategy

Mitglieder

Personalien

Aufnahmen

Arens, Gerrit / Rodgau
Astrouskaya, Dr. Tatsiana / Breidenbach
Braun, Bernhard / Wien (AT)
Bumeder, Lucian / Berlin
Busslinger, Jan / Zürich (CH)
Deutsch, Björn Helge / Neunkirchen
Durchlaub, Markus / Wuppertal
Fisch, Tobias / Leuven (BE)
Flessenkemper, Tobias / Düsseldorf
Franke, Lena-Marie / Regensburg
Grabow, Dr. Hilmar / Kiel
Gürth, Lisa / Berlin
Gyrych, Maxim / Berlin
Habersetzer, Nicola / Berlin
Hartleben, Michael / Berlin
Heller, Dr. Regina / Hamburg
Kammerer, Annette / Berlin
Kazakov, Gleb / Gießen
Koblischke, Henri / Berlin

Kolář, Prof. Dr. Pavel / Konstanz
Lopez, Camilla / München
Metelskaya, Ksenia / Bad Homburg
Mitchnik, Igor / Berlin
Oppenrieder, Elias / Wien (AT)
Ottlinger, Lennard / München
Petersen, Svenja / Warschau (PL)
Pierskalla, Lena / Prag (CZ)
Portnov, Prof. Dr. Andrii / Berlin
Primbs, Paul / München
Rapp, Simon / Berlin
Rohde, Dr. Martin / Höhnhart (AT)
Rohner, Anita / Berlin
Seeger, Ina / Wagenfeld
Stephanowitz, Johann / Berlin
Teschner, Susanne / Bochum
Usvatov, Dr. Pavel / Berlin

Europäischer Austausch gGmbH / Berlin

Abschiede

Dr. Sven Singhofen, Kiel
 Verstorben am 22. Dezember 2019

Prof. Dr. Oskar Anweiler, Bochum
 Verstorben am 31. Oktober 2020

Prof. Dr. Eberhard Schulz, Posen (PL)
 Verstorben am 27. November 2020

Nachruf



Am 31. Oktober 2020 ist Oskar Anweiler im Alter von 95 Jahren verstorben. Er war seit 1953 Mitglied der DGO, von 1957 bis 1991 im Vorstand und im Zeitraum von 1975 bis 1991 als Vizepräsident der Gesellschaft tätig. Als Historiker und Erziehungswissenschaftler ebenso wie in seinem Engagement für zahlreiche wissenschaftliche Einrichtungen prägte er die bundesdeutsche Osteuropaforschung national und in ihren internationalen Bezügen auf vielfältige Weise. Und er tat dies als ein unermüdlicher Brückenbauer.

Oskar Anweiler wurde 1925 im polnischen Rawicz geboren, wuchs im galizischen Stanisławów (Stanislaw), dem heutigen Iwano-Frankiwsk auf, beendete seine Schulzeit in Zakopane, wohin die Familie als „Volksdeutsche“ während des Zweiten Weltkriegs umgesiedelt wurde und studierte nach dem Krieg Geschichte, Germanistik, Philosophie und Pädagogik in Hamburg. Seine Doktorarbeit über die Rätebewegung in Russland wurde ins Französische, Italienische und Englische übersetzt; seine Habilitation über die Geschichte der Schule und Pädagogik in Russland führte 1964 zu seiner Berufung auf den Lehrstuhl für vergleichende Pädagogik der neu gegründeten Ruhr-Universität Bochum, den er bis 1990 innehatte.

Oskar Anweiler gilt als Nestor der vergleichenden Erziehungswissenschaft in der Bundesrepublik. Gleichzeitig bemühte er sich um den internationalen wissenschaftlichen Austausch. So war er einer der Mitbegründer des International Council for Soviet and East European Studies, heute International Council for East European Studies (ICCEES) und von 1980 bis 1985 dessen Präsident. Für sein Engagement zugunsten der deutsch-polnischen wissenschaftlichen Zusammenarbeit wurde er 1997 zum ausländischen Mitglied der Polnischen Akademie der Wissenschaften berufen und erhielt 2007 die Ehrendoktorwürde der Universität Warschau. In einem Interview mit der Zeitschrift OSTEUROPA im Jahr 2005 schilderte er anhand seiner eigenen Erfahrungen die Entwicklungen in den Osteuropawissenschaften nach dem Zweiten Weltkrieg (OSTEUROPA 12/2005).

Was Oskar Anweiler in seiner Arbeit auszeichnete, waren seine disziplinenübergreifende Offenheit, seine unerschöpfliche Neugierde und menschliche Zugewandtheit. Dies zeigte sich in den vielen Kontakten, die er bis zu seinem Lebensende aufrecht erhielt ebenso wie in den zahlreichen Nachrufen der letzten Monate. Die DGO verliert mit ihm ihr ältestes Mitglied und Ehrenmitglied und einen treuen Freund.

Gabriele Freitag

Veröffentlichungen

Binder, Eva / Diem, Christof / Finkelstein, Miriam / Klettenhammer, Sieglinde / Mertz-Baumgartner, Birgit / Milošević, Marijana / Pröll, Julia (Hgs.): Opfernarrative in transnationalen Kontexten. De Gruyter, Berlin 2020.

Bluhm, Katharina / Pickhan, Gertrud / Stypińska, Justyna / Wierzcholska, Agnieszka (Hgs.): Gender and Power in Eastern Europe. Changing Concepts of Femininity and Masculinity in Power Relations. Springer, Cham 2020.

Denisova-Schmidt, Elena (Hg.): Corruption in higher education: global challenges and responses. Brill/Sens, Leiden 2020.

Deppermann, Maria / Parin, Alexej: Duett und Duell, Dialog einer deutsch-russischen Freundschaft. Hollitzer Verlag, Wien 2020.

Franz, Norbert: Hollywood – a Challenge for the Soviet Cinema, Four Essays. Universitätsverlag, Potsdam 2020.

Heller, Wilfried: Bilder aus einer verlorenen Zeit. Eine fotografische Landeskunde Rumäniens vor und nach der Wende. Schiller Verlag, Hermannstadt-Bonn 2020.

Köllner, Tobias: Religion and Politics in Contemporary Russia: Beyond the Binary of Power and Authority. Religion, Society and Government in Eastern Europe and the Former Soviet States Series. Routledge, London, New York 2020.

Loew, Peter Oliver / Łada, Agnieszka (Hgs.): Suchen, was uns verbindet. Entwicklung, Chancen und Herausforderungen deutsch-polnischer Städtepartnerschaften. Deutsches Polen-Institut, Instytut Spraw Publicznych, Darmstadt, Warschau 2020.

Nolte, Hans-Heinrich (Hg.): Nationen und Nationalismen in Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur. Zur Kritik der Geschichtsschreibung. Bd. 16. Muster-Schmidt, Gleichen 2020.

Plotnikov, Nikolaj / Kirschbaum, Svetlana (Hgs.): Diskursy svobody v rossijskoj intelektual'noj istorii. Antologija [Freiheitsdiskurse in der russischen Ideengeschichte. Eine Anthologie]. Novoe literaturnoe obozrenie, Moskva 2020.

Portnov, Andrii: Poland and Ukraine: Entangled Histories, Asymmetric Memories, Essays of the Forum Transregionale Studien, vol. 7. Prisma Ukraina, Berlin 2020.

Rüthers, Monica: Unter dem Roten Stern geboren. Sowjetische Kinder im Bild. Böhlau Verlag, Köln 2020.

Schenk, Gibfried: Zwischen Sowjetnostalgie und „Entkommunisierung“. Postsowjetische Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in der Ukraine. Band 9. FAU University Press, Erlangen 2020.

Schwartz, Matthias / Wurm, Barbara (Hgs.): Klassiker des Russischen und Sowjetischen Films, Band. 2. Schüren, Marburg 2020.

von Beyme, Klaus: Migrationspolitik. Erfolge und Misserfolge. Springer, Wiesbaden 2020.

von Wedel Parlow, Wolf Christian: Cola in Kadugli. Mitteldeutscher Verlag, Halle 2020.

Wedde, Rainer (Hg.): Die Reform der russischen Verfassung. Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2020.

Wieser, Bernd / Lazur, Yaroslav / Bilash, Oleksandr (Hgs.): Einführung in das ukrainische Recht. Verlag C.H. Beck, München 2020.



AG Kommunikation

Die AG Kommunikation setzt sich für eine stärkere Präsenz der DGO in der Öffentlichkeit ein. Gemeinsam mit der Jungen DGO, der Geschäftsstelle und dem Vorstand haben wir die DGO-Plattform (<https://plattform.dgo-online.org>) entwickelt und Konzepte für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit erstellt. Auf diesem Feld arbeiten wir auch weiterhin unterstützend und übergreifend als Schnittstelle zwischen Junger DGO und Gesamt-DGO.

Mareike zum Felde ist seit Mai 2019 Doktorandin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Zuvor studierte sie Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Osteuropa an der LMU München. In ihrer Dissertation geht sie aktuell den Auswirkungen der Transformation auf das polnische Hochschulsystem nach.

Saskia Geisler promovierte zu finnischen Bauprojekten in der Sowjetunion an der Ruhr-Universität Bochum. Aktuell arbeitet sie an einem Projekt zu Antisklavereibewegungen im 19. Jahrhundert an der Fernuniversität in Hagen.

Sebastian Lambertz ist seit der JOE-Tagung 2015 in der DGO aktiv und befasst sich insbesondere mit der Region Ostmitteleuropa. 2019 hat er in Köln zur Geschichte der Tschechoslowakei promoviert.

Phillip Schroeder ist seit 2020 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Neuere Geschichte Osteuropas der Universität Göttingen und promoviert dort zu Stadt- und Infrastrukturgeschichte in der Sowjetunion. Zuvor studierte er Osteuropäische Geschichte in Göttingen und Sankt Petersburg.



v.l.n.r.: Sebastian Lambertz, Saskia Geisler, Mareike zum Felde, Phillip Schroeder

AG Veranstaltungen

Die **AG Veranstaltungen** entwickelt Formate, die Mitgliedern der Jungen DGO auch außerhalb der Standorte von Zweigstellen die Möglichkeit bieten, von der innerhalb der DGO existierenden Expertise zu profitieren. Deshalb haben wir die webbasierte Reihe: **#1h Junge-DGO on Web** eingeführt, die in regelmäßigen Abständen aktuelle Themen mit Osteuropabezug aufgreift. Ein weiteres Format ist die Reihe **#nachgehakt**, die im Nachgang zu Wahlen in Ost(mittel)europa eine Einordnung

der Ergebnisse durch Nachwuchswissenschaftler*innen vornimmt. Ziel ist es, vorhandenes Wissen zu nutzen, um insbesondere medial unterrepräsentierte Wahlen stärker in das öffentliche Bewusstsein zu bringen.

Schließlich beteiligt sich die AG Veranstaltungen an der Ringvorlesung des Osteuropainstituts der Freien Universität Berlin und organisiert zusammen mit der AG Kommunikation das **DGO Online-Kolloquium**.



© Andrea Schombara

Johannes Kleinmann ist seit 2020 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Interdisziplinäre Polenstudien der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt Oder und promoviert dort zur Arbeitsmarktsituation von Polinnen in der sogenannten Transformation. Seit einem Auslandssemester in Warschau haben ihn Ost(mittel)europa und insbesondere Polen nicht mehr losgelassen.



© Martina Sander

Lejly Agamuradova arbeitet seit Juli 2019 als Beauftragte für Forschungsmanagement am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Zuvor war sie als Leitungsassistentin am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) und bei der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. (DGO) als Projektkoordinatorin tätig. Das Interesse an Osteuropa liegt in ihren turkmenischen Wurzeln und dem Studium der Osteuropastudien an der Freien Universität Berlin begründet.

AG Mentoring

Die Arbeitsgruppe Mentoring betreut das Mentoringprogramm der DGO, das 2019 ins Leben gerufen wurde. Die AG ist zuständig für die Ausschreibung, das Matching der einzelnen Tandems sowie das Rahmenprogramm, das im Laufe des Jahres etwa gemeinsame Veranstaltungen und weitere Vernetzungsmöglichkeiten für die Teilnehmer*innen vorsieht. Jeweils im Herbst werden für ein akademisches Jahr etwa 30 Tandems gebildet: den Mentees stehen

berufserfahrene Mentor*innen – individuell passend zum jeweiligen Profil – zur Seite. Bei persönlichen Treffen, Videogesprächen oder per E-mail können Themen wie Karriereplanung, Berufseinstieg, Weiterentwicklung innerhalb und außerhalb der Wissenschaft besprochen werden. Weitere Informationen zum DGO-Mentoringprogramm finden Sie hier: www.dgo-online.org/junge-dgo/mentoring-programm/



© privat

Alina Wagner studierte Kulturwissenschaften und War and Conflict Studies in Frankfurt (Oder), St. Petersburg und Potsdam und ist seit 2019 als wissenschaftliche Hilfskraft im Recherche- und Dokumentationsprojekt „Sowjetische und deutsche Kriegsgefangene und Internierte“ am Deutschen Historischen Institut Moskau tätig.



© privat

Anastasia Krafft studierte Rechtswissenschaften in Moskau und in Köln sowie Peace and Security Studies in Hamburg und blickt auf einige Jahre Berufserfahrung in der politischen Erwachsenenbildung zurück, wo sie für Projekte in den Bereichen Sicherheitspolitik, Rechtsstaatsdialog und Menschenrechtsschutz zuständig war.



© privat

Anne Kluger studierte Germanistik und Geschichte in Münster und Krakau und ist seit 2019 als Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Abteilung für Osteuropäische Geschichte des Historischen Seminars der Universität Münster tätig. Im Rahmen ihres Promotionsprojektes erforscht sie in vergleichender Perspektive die „Slawische Archäologie“ in der DDR und im staatssozialistischen Polen.



© privat

Belinda Nüssel machte den Masterabschluss in den Osteuropastudien (Schwerpunkt Soziologie) der Freien Universität Berlin. Seit 2019 ist sie als Forschungsassistentin in der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin tätig.

Zukunft Osteuropa

Workshop

16. Oktober 2020, online

Bericht: Alexander Mishnev und Josephine Doll

Am 16. Oktober 2020 fand zum dritten Mal – erstmals aber digital – die Veranstaltung Zukunft Osteuropa (ZO III) unter der Leitung und Organisation der Junge DGO Mitglieder Alina Jašina-Schäfer, Yuliya Komarynets und Zsófia Schmidt statt.

Die Veranstaltung bezweckt die Vernetzung junger Mitglieder innerhalb und außerhalb der DGO und leistet einen Beitrag zur Berufsorientierung. So ging es im ersten Block „Lebenssituationen und Meilensteine“ um die Themen „Qual der Wahl: Akademische oder außerkadernische Karriere“, „Erfolgsrezepte: Wie schreibe ich einen Forschungsantrag“ und „Kinder, Küche, Karriere: Berufs- und Familienplanung“. In Arbeitsgruppen mit jeweils einem Referenten oder einer Referentin konnten die Teilnehmenden sich über eigene Erfahrungen austauschen und Anregungen sammeln. Nachmittags schloss sich der zweite Block „Einblicke in Berufsfelder“

an. Referent*innen aus unterschiedlichen Bereichen berichteten aus ihrem Berufsleben in den Bereichen „Angewandte Forschung und Politikberatung“, „Internationale Zusammenarbeit, „Kunst- und Kultureinrichtungen“, „Wirtschaft und Consulting“, „Wissenschaft und Forschung“, „Karriere im Auswärtigen Amt“ und „Medien und Journalismus“. Trotz der Beschränkung auf den virtuellen Raum war der Austausch unter den Teilnehmer*innen und Referent*innen erfreulich lebendig. Das bescheinigten auch die positiven Rückmeldungen in schriftlicher Form ebenso wie die Auswertung bei einem virtuellen Abendessen am 19. Oktober.

Wir bedanken uns bei allen Referent*innen für ihre Zeit und die Einblicke, bei allen Teilnehmer*innen für das Interesse, bei allen Helfer*innen für ihren Einsatz und selbstverständlich insbesondere bei Alina, Yuliya und Zsófia für die hervorragende Organisation und die vielen Stunden, die sie in die Planung der Veranstaltung gesteckt und deren Durchführung sie möglich gemacht haben!



Aktuelles aus der Osteuropaforschung

Personalien

Zum Wintersemester 2020/21 hat **Alexander Libman** die Professur Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Osteuropa und Russland an der Freien Universität Berlin übernommen. Zuvor war er seit 2016 Professor für Sozialwissenschaftliche Osteuropastudien an der LMU München.

Zum Sommersemester 2020 hat **Burkhard Breig** die Professur für Wirtschafts- und Privatrecht an der Fakultät Wirtschaft der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften am Campus Wolfsburg übernommen. Zuvor war er seit 2009 Professor für Osteuropäisches Recht und Bürgerliches Recht an der Freien Universität Berlin und gehörte dem Fachbereich Rechtswissenschaft und dem Osteuropa-Institut an.

Seit 1. September 2020 ist **Irina Wutsdorff** Inhaberin des Lehrstuhls für Slavistik und geschäftsführende Direktorin des Instituts für Slavistik an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Zuvor vertrat sie den Lehrstuhl für Slavische Literatur- und Kulturwissenschaft an der Universität Regensburg.

Akademische Initiative Belarus

Bericht: Gabriele Freitag

Seit den manipulierten Präsidentschaftswahlen im August des vergangenen Jahres gibt es in Belarus einen breiten gesellschaftlichen Protest gegen das Regime von Aliaksandr Lukashenka. Menschen unterschiedlicher Alters- und Berufsgruppen bringen ihre Unzufriedenheit auf vielfältige Weise zum Ausdruck. Kristallisationspunkte der Protestaktionen sind unter anderem Universitäten und außerakademische Einrichtungen. Die „Sicherheitsdienste“ gehen mit brutaler Härte gegen Studierende sowie Wissenschaftler*innen und weitere Angestellte von Bildungseinrichtungen vor. Die DGO reagierte im September mit einer Erklärung zur Lage an den Universitäten und anderen wissenschaftlichen Institutionen. Diese wurde von mehr als 1.800 Personen unterzeichnet und der belarusischen Botschaft in Berlin zur Weiterleitung an die verantwortlichen Stellen übersendet.

In einem zweiten Schritt hat die DGO gemeinsam mit engagierten Personen aus Deutschland und Belarus ein Förderprogramm für politisch bedrängte Studierende und Wissenschaftler*inne aufgelegt. Die Mittel dafür kommen von Stiftungen sowie aus persönlichen Spenden von Mitgliedern und Freund*innen der DGO. Rund 60 Personen in oder aus Belarus, die aufgrund von Exmatrikulationen oder Entlassungen, Haft- oder Geldstrafen in Bedrängnis geraten sind, können dank der eingeworbenen Mittel eine einmalige Geldleistung erhalten. Das Programm geht aber darüber hinaus: Studierende und Promovierende erhalten zusätzlich Angebote für Sprachkurse und Informationen über das Studium in Deutschland. Wissenschaftler*innen können sich an Fortbildungen für die Online-Lehre beteiligen. Die Kurse sollen sie befähigen, im Sommer- oder Wintersemester 2021 eine (digitale) Lehrveranstaltung an einer deutschen oder anderen Hochschule zu geben. In beiden Fällen geht es darum, den Betroffenen zumindest eine kleine Perspektive zu bieten.

Diese Perspektiven sind auch deshalb möglich, weil erfreulich viele Personen und Institutionen aus dem Bereich der Wissenschaft und der Wissenschaftsförderung dem Solidaritätsaufruf der DGO gefolgt sind. Universitäten bieten belarusischen Studierenden als Gasthörer*innen den Besuch digitaler Lehrveranstaltungen und in einigen Fällen sogar ordentliche Studienplätze an. Darüber hinaus nehmen Universitäten und außeruniversitäre Einrichtungen Gastwissenschaftler*innen aus Belarus auf oder vergeben Lehraufträge für ein oder mehrere Semester. Der Verein Off-University und die Academy in Exile, Einrichtungen, die nach dem Putsch in der Türkei 2016 geschaffen wurden, um verfolgte türkische Wissenschaftler*innen zu unterstützen, haben ihre Bereitschaft signalisiert, auch Wissenschaftler*innen aus Belarus aufzunehmen. Der DAAD und die Philipp Schwartz Initiative der Alexander von Humboldt Stiftung prüfen, welche Unterstützungsangebote sie bieten können. Die prekäre und bedrohliche Lage vieler Studierender und Wissenschaftler*innen aus Belarus ist ein deutliches Signal: gerade politisch aktive Menschen aus dem Wissenschaftsbereich sind von politischer Verfolgung besonders betroffen. Umso wichtiger ist es, im deutschen Wissenschafts- und wissenschaftsfördernden Bereich nachhaltige Strukturen zu schaffen, um den Betroffenen schnell und effektiv zu helfen.

Verfolgt werden in Belarus aber nicht nur Personen aus dem akademischen Bereich. Insgesamt wurden seit dem letzten Jahr mehr als 33.000 Menschen im Zusammenhang mit den Protesten verhaftet und zu Arreststrafen verurteilt. Gegen über 200 Menschen (Stand Mitte Januar 2021) wurden Strafverfahren eröffnet, 185 von ihnen befinden sich in Haft und werden vom belarusischen Menschenrechtszentrum Vjasna als politische Gefangene anerkannt. Die Zeitschrift OSTEUROPA dokumentiert diese Fälle: <https://www.zeitschrift-osteuropa.de/blog/politische-gefangene/>. Zum internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember hat die DGO gemeinsam mit der Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und dem Menschenrechtszentrum Vjasna zur Solidarität mit den politisch Gefangenen in Belarus aufgerufen. Auf der Website <https://100xsolidaritaet.de/> unterstützen viele bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens die Aktion als Botschafter*innen der Solidarität.

Wir danken all denen, die mit ihrem persönlichen Engagement und mit großzügigen Spenden die vielfältigen Aktivitäten der DGO initiiert, umgesetzt und unterstützt haben!

Wir danken all denen, die mit ihrem persönlichen Engagement und mit großzügigen Spenden die vielfältigen Aktivitäten der DGO initiiert, umgesetzt und unterstützt haben!

Bestandsaufnahme Osteuropaforschung

Bericht: Alexander Libman, Niklas Platzer

Seit 2006 führt die DGO in regelmäßigen Abständen Bestandsaufnahmen über die Osteuropaforschung in Deutschland durch. Die hier vorgestellte Bestandsaufnahme wurde im Sommer 2020 im Auftrag der DGO an der Ludwig-Maximilians-Universität durchgeführt. Unser Ziel war, eine Art Zensus der Osteuropaforschung durchzuführen – eine detaillierte Liste der Forschenden zu erstellen, für die Osteuropa der zentrale Forschungsschwerpunkt ist (oder zumindest eine wichtige Rolle spielt), deren institutionelle und disziplinäre Zugehörigkeit, Forschungsinteressen und Standorte zu erfassen.

In die Bestandsaufnahme wurden sowohl Professor*innen (inkl. Juniorprofessor*innen) als auch Wissenschaftler*innen ohne Professur, deren Promotion jedoch mindestens vor sechs Jahren erfolgte, aufgenommen. Wissenschaftler*innen mit einer kürzeren Erfahrung nach der Promotion wurden nicht berücksichtigt: das liegt daran, dass es gerade im deutschen wissenschaftlichen System angesichts der Stellenknappheit und der hohen beruflichen Unsicherheiten sehr wahrscheinlich ist, dass die promovierten Wissenschaftler*innen keine wissenschaftliche Laufbahn einschlagen. Bei der Erfahrung von mehr als sechs Jahren in der Wissenschaft nach der Promotion ist demgegenüber anzunehmen, dass die Person der Wissenschaft zugehörig bleibt. Die Bestandsaufnahme erfasst erstmals sowohl die Universitäten, als auch die nichtuniversitären Forschungseinrichtungen. In unsere Bestandsaufnahme wurden Wissenschaftler*innen aufgenommen, die mindestens einem von drei Kriterien entsprechen: (a) selbst auf ihren Webseiten oder Lebensläufen Osteuropa als einen Forschungsschwerpunkt nennen; (b) (für Professor*innen) eine Stelle mit Denomination Osteuropa innehaben; oder (c) in den letzten sechs Jahren mehrere einschlägige

Publikationen zu Ländern Osteuropas veröffentlicht haben bzw. Drittmittel eingeworben haben.

Die folgenden Grafiken präsentieren die wichtigsten Erkenntnisse unserer Untersuchung. Es wurden insgesamt 661 Wissenschaftler*innen an den Universitäten (ohne Emeriti und Forschende im Ruhestand) und 220 Wissenschaftler*innen an den außeruniversitären Forschungsinstitutionen erfasst. Dazu gehören 240 Professor*innen, von denen 142 Stellen mit Denomination Osteuropa haben. **Tabelle 1** spiegelt die Verteilung der Professor*innen nach Disziplinen wider. Dabei spielen Sprach- und Literaturwissenschaften und Geschichte eine deutlich größere Rolle als andere Disziplinen. In allen Disziplinen außer zwei „Königswissenschaften“ der Osteuropaforschung, der Kunstgeschichte und den Rechtswissenschaften, haben mittlerweile die meisten

Tabelle 1: Professuren mit Osteuropaschwerpunkt

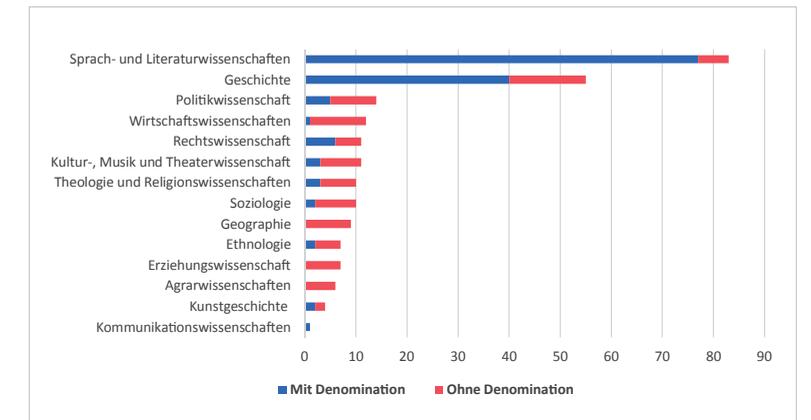


Tabelle 2: Juniorprofessuren mit Osteuropaschwerpunkt

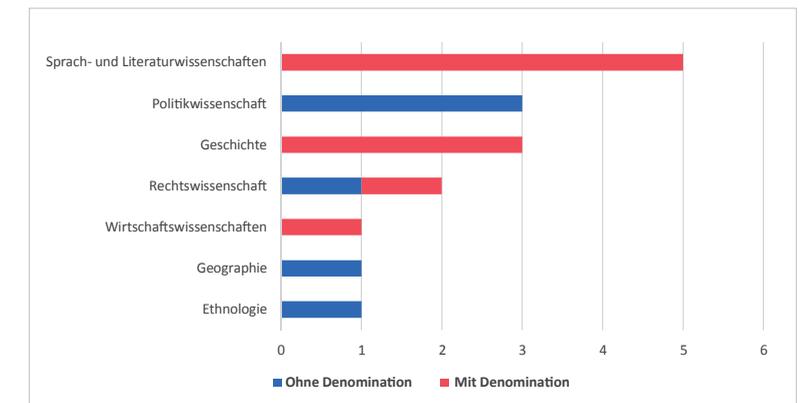


Tabelle 3: Erfahrene Wissenschaftler*innen ohne Professur

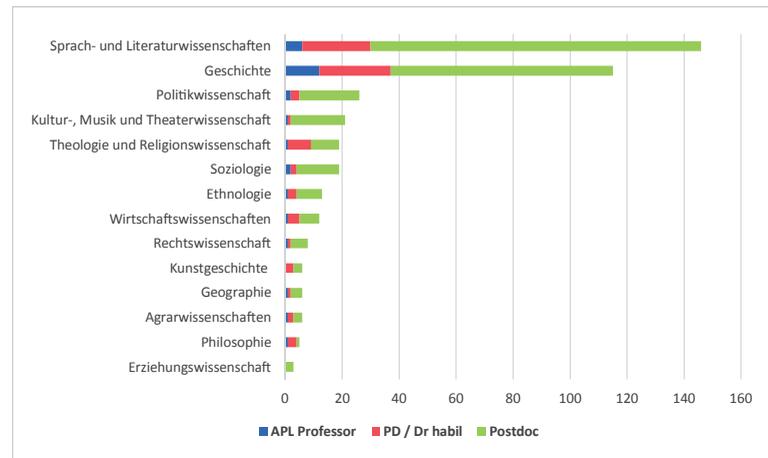
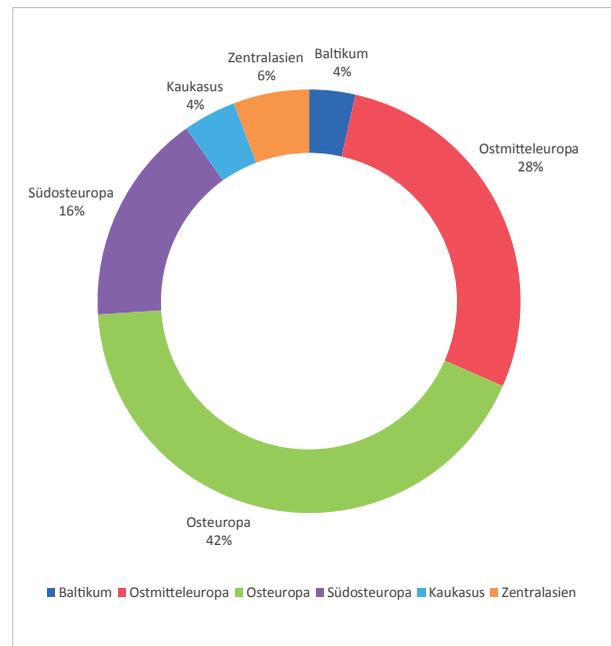


Tabelle 4 fasst die räumlichen Schwerpunkte der in unserem Datensatz erfassten universitären Forschenden zusammen. Dabei spielen Osteuropa (insbesondere Russland) und Ostmitteleuropa eine herausragende Rolle. Der Anteil der Forschenden, die sich mit Zentralasien, Kaukasus oder den baltischen Staaten befassen, ist deutlich geringer. Räumlich zeichnet sich die Osteuropaforschung in Deutschland durch eine starke Konzentration aus (Tabelle 5). Auf die zehn größten Forschungsstandorte entfallen über 50% der Forschenden und 50% der Professuren mit Osteuropaschwerpunkt; dabei spielen insbesondere Berlin, München und Frankfurt/Oder eine herausragende Rolle.

Tabelle 4: Regionale Verteilung der Osteuropaexpertise



Professor*innen, die sich mit Osteuropa befassen, Lehrstühle ohne regionale Denomination. Die Anzahl der Juniorprofessuren ist überschaubar und konzentriert sich ebenso auf die Sprach- und Literaturwissenschaften und Geschichte sowie auf die Politikwissenschaft (Tabelle 2). Auch unter sonstigen Wissenschaftler*innen an den Universitäten gehören ca. 65% zur Geschichte oder den Sprach- und Literaturwissenschaften; schon im drittichtigsten Fach (Politikwissenschaft) ist die Anzahl der Wissenschaftler*innen mehr als vier Mal kleiner als in der Geschichte (Tabelle 3).

In Rahmen der Bestandsaufnahme haben wir auch alle Professor*innen und Privatdozent*innen über die Zahl der von ihnen betreuten Promotionen mit Osteuropaschwerpunkt befragt. Insgesamt haben wir 274 Antworten bekommen; Tabelle 6 spiegelt die Ergebnisse der Befragung wider. Über 70% der Promotionen gehören zu zwei „Königdisziplinen“ Geschichte und Sprach- und Literaturwissenschaften; in den meisten anderen Disziplinen werden nicht nur insgesamt deutlich weniger Promotionen erbracht, sondern die Anzahl der Promotionen pro Betreuer*innen ist auch geringer.

Tabelle 7 präsentiert unsere Ergebnisse für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Die zwei Institutionen mit der größten Zahl der Mitarbeitenden mit Osteuropaschwerpunkt sind das Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien/ IAMO (an den Universitäten sind dagegen nur wenige Forschende mit Osteuropaschwerpunkt in den Agrarwissenschaften zu finden) und das Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des Östlichen Europas/GWZO, gefolgt vom Deutschen Historischen Institut Moskau/DHI. Die meisten außeruniversitären Forschungseinrichtungen fokussieren sich auf die historische Forschung; wichtige Ausnahmen sind neben dem IAMO die Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin/SWP, das Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig/IfL und das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien in Berlin/ZOiS sowie zum Teil das Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg/IOS (wo neben Geschichte auch politik- und wirtschaftswissenschaftliche Forschung betrieben wird).

Tabelle 5: Zentren der Osteuropaforschung

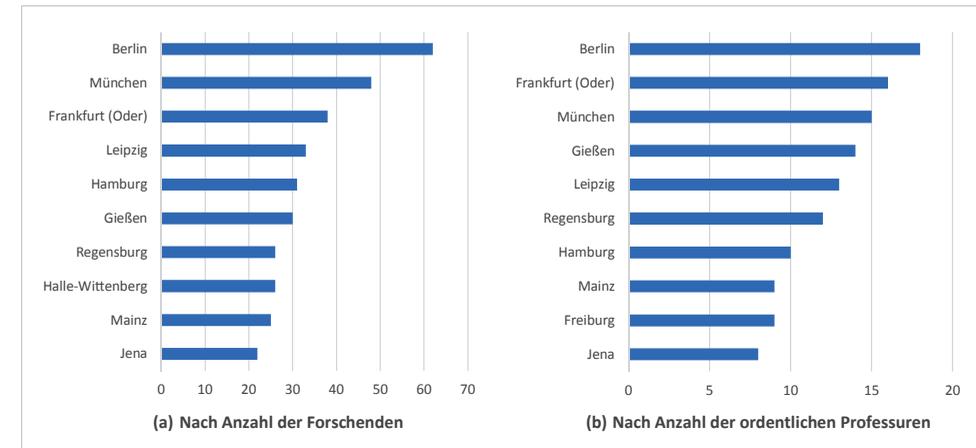
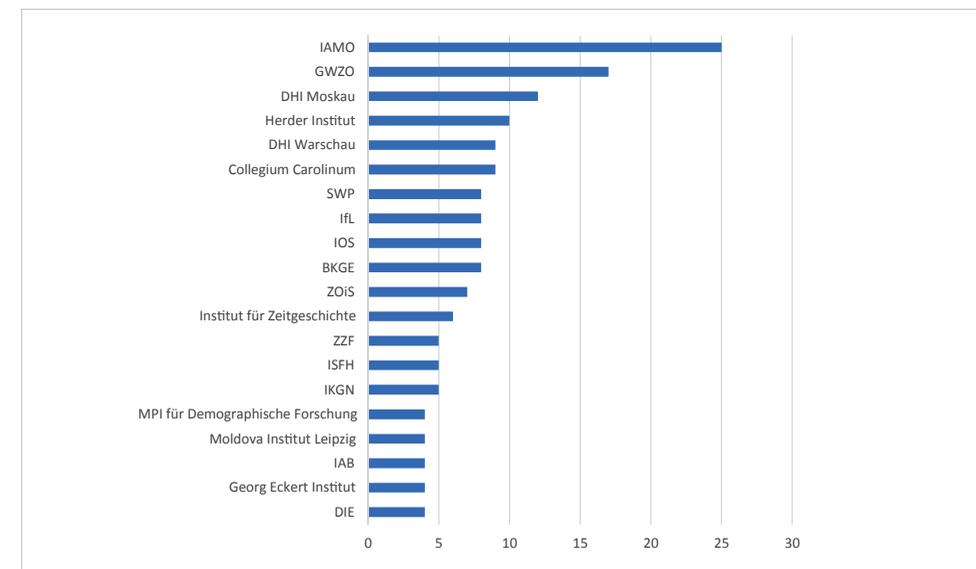


Tabelle 6: Promotionen



Tabelle 7: Forschende an außeruniversitären Forschungseinrichtungen (alle Institutionen mit mehr als 4 Mitarbeitenden mit Osteuropaschwerpunkt erfasst)



Veranstungsberichte

Veranstungsreihe: Revolution in Belarus Gesellschaft im Aufbruch

Bericht: Edith Spielhagen
Screenshots: Olessia Seminina

Die umstrittene Präsidentschaftswahl in Belarus vom 9. August 2020 wurde bereits im Vorfeld von landesweiten Protesten begleitet. Nachdem sich Amtsinhaber Aljaksandr Lukaschenka mit 80,1 Prozent der Stimmen zum Wahlsieger erklären ließ, nahmen Massenstreiks und Proteste gegen Wahlmanipulationen zu. Der Präsident und seine Sicherheitsorgane reagierten mit brutaler Gewalt. Etwa 7.000 Menschen wurden festgenommen, hunderte verletzt, fünf getötet. Swetlana Tichanowskaja, die nach offizieller Lesart unterlegene Kandidatin mit den meisten Gegenstimmen, floh ins benachbarte Ausland. Auch sie erklärte, die Wahl gewonnen zu haben. Inzwischen hat eine breite Anti-Lukaschenka-Stimmung das ganze Land erfasst. Selbst auf Pro-Lukaschenka-Demonstrationen werden Wahlfälschungen angesprochen und Mitglieder von Wahlkommissionen haben sich geweigert, Wahlprotokolle mit ihrer Unterschrift anzuerkennen.

Vor diesem Hintergrund widmet sich eine mehrteilige digitale Veranstaltungsreihe der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) der Revolution in Bel-

arus. Zum Auftakt diskutierte Gabriele FREITAG (DGO) mit Olga SHPARAGA vom European College of Liberal Arts in Minsk und Astrid SAHM vom Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk Dortmund über die tiefgreifenden gesellschaftlichen Entwicklungen in den beiden letzten Jahrzehnten, über veränderte Genderrollen und

Geschlechterbeziehungen, sozio-ökonomische Fragen sowie Zukunftsszenarien.

Olga Shparaga erläuterte eingangs die von ihr verwendeten Begriffe „demokratische Revolution“ und „postnationale Revolution“. Die Menschen in Belarus wollen eine andere politische Ordnung, in der Rechtsstaatlichkeit und freie Wahlen garantiert sind. Bezüge zu kulturellen

Werten und zur eigenen Geschichte stünden eher im Hintergrund, wären aber eine wichtige Basis für eine nationale Revolution. Die aktuelle Rolle der Frauen, die demonstrierend ihre Männer schützen wollen, passe nicht zum traditionellen Begriff der Nation. Hier widersprach Astrid Sahn. Mit Bezug auf den Nationaldichter Janka Kupala (1882–1942) sei durchaus auch ein Prozess politischer Nationsbildung erkennbar.

Olga Shparaga hob die über Jahre gewachsene Rolle der NGOs hervor. Eine Entwicklung hin zu starker inhaltlicher Diversifizierung, steigenden Vernetzung und Regionalisierung sei zu sehen. Dies verbinde sich mit einem neuen politischen Denken,



Astrid Sahn



Olga Shparaga

aus dem sich u.a. die aktuelle politische Mobilisierung herleite. Die Kluft zwischen der in alten Schemata verharrenden Regierung und den kreativen Aktionen der Zivilgesellschaft wachse weiter.

Astrid Sahn machte deutlich, dass nach der Auflösung der Sowjetunion Belarus 1994 das letzte unabhängig gewordene Land war, in dem Wahlen stattfanden und dass es bis heute keine erfolgreichen Erfahrungen mit der Gestaltung eines gesellschaftlichen Wandels gegeben habe. Im Kontext des hilflosen Umgangs der Behörden mit der Covid-19-Pandemie verstünden sich die Menschen als Bürger*innen, die es ablehnen, dass der Staat weiter über sie verfügt. Die Gesellschaft sehe sich unabhängig vom Staat und wolle ihr Leben selbst gestalten.

Kennzeichnend für den Wahlkampf wie für die nachfolgende Protestbewegung seit dem 9. August ist das „weibliche Gesicht“ der gesellschaftlichen Bewegung. Olga Shparaga sprach von einer „Evaluation“. Das Gemälde „Eva“ des französischen Malers belarussisch-jüdischer Herkunft Chaim Soutine (1893–1943) wurde zum Sinnbild kreativer, gewaltfreier, solidarischer und von der Gesellschaft anerkannter Proteste gegen Lukaschenka. Ob es zu einem nachhaltigen Wandel des Frauenbildes in Gesellschaft und Politik komme, bleibe aber offen. Astrid Sahn mahnte hier zu Vorsicht. Die klassischen Stereotypen seien nicht nur bei Aljaksandr Lukaschenka verankert, sondern nach wie vor auch in der Gesellschaft. Sie wies darauf hin, dass die Oppositionskandidatin Swetlana Tichanowskaja selbst u.a. öffentlich gesagt habe, am liebsten wieder ihre Familie „bekochen“ zu wollen.

Eine Zukunftsperspektive für Belarus sieht Olga Shparaga in der Überwindung der aktuellen Krise in Gesellschaft und Wirtschaft durch einen reformierten sozialen Staat ohne Trennung von politischen und sozialen Rechten. Neoliberale Reformen seien keine Lösung. Junge Menschen würden aus Mangel an Entwicklungsmöglichkeiten das Land verlassen. In den Protesten spielten sie eine wichtige Rolle. Dank ihrer technischen Kompetenzen wurden viele Vorgänge während der Wahl und danach dokumentiert und weiter verbreitet. Dieses know-how ist auch ein wichtiges wirtschaftliches Kapital für Belarus.

Nach Astrid Sahn sind für die weitere Entwicklung unterschiedliche Szenarien denkbar. Wenn der Staat keine vertrauensbildenden Maßnahmen vorsähe, würde es schwierig. Ein pragmatisches Vorgehen, wie es z.B. im Bereich der Inklusion in der Vergangenheit praktiziert wurde, wäre zwar weiterhin möglich, aber eine erfolgreiche gesellschaftliche Entwicklung ließe sich so nicht gestalten.

Die Aufzeichnung der Podiumsdiskussion ist unter folgendem Link abrufbar:
<https://youtu.be/OVjo750xBdg>



Geschichtsbilder und Symbolik

Bericht: Henri Koblischke
Screenshots: Olessia Seminina

Durch die Präsidentschaftswahlen und die nachfolgenden Proteste ist die Republik Belarus in die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit gerückt. Wurde das Land zuvor nur als „weißer Fleck“ oder lediglich als „letzte Diktatur Europas“ gehandelt, so fragen heute alle nach seiner nationalen Identität und der Bedeutung der weiß-rot-weißen Fahne, die bei den Protesten sehr präsent ist. Mitglieder der im Januar 2020 gegründeten Belarusisch-Deutschen Geschichtskommission erörterten die historische Bedeutung des Begriffs Belarus. Welche Rolle spielte die historische Landschaft in der polnisch-litauischen Union und welche im russischen und sowjetischen Imperium? Wie wird in Belarus die Geschichte eines Staates erzählt, der 1918 als Volksrepublik und 1919 als Sowjetrepublik ausgerufen wurde, aber erst 1991 seine Unabhängigkeit erlangte?

Belarus sei historisch gesehen, erläuterte Thomas BOHN, einerseits die historische Landschaft der ruthenischen Gebiete im Großfürstentum Litauen, und andererseits die transnationale „Lebenswelt belarusischer Bauern, jüdischer Händler, polnischer Gutsbesit-

zer und russischer Beamter“. Die belarusische Sprache sei im Gegensatz zu weit verbreiteten Vorurteilen kein Kunstprodukt, so Diana SIEBERT, sondern die Standardsprache der Bauern gewesen. Allerdings habe die Herausbildung des „Hochbelarusischen“ im 20. Jahrhundert viele lokale Dialekte verdrängt. Das Belaru-

sische sei dann wiederum der Russifizierung in der Sowjetunion zum Opfer gefallen.

In Deutschland gibt es zudem den Begriff Weißruthenien, der ein begriffliches Produkt deutscher kolonialer Projektionen war, so Felix ACKERMANN. Das Deutsche Reich unterstützte 1918 die Nationalstaatsgründung. Der Begriff Weißruthenien wurde

auch während der deutschen Besetzung von Belarus im Zweiten Weltkrieg verwendet. Im ausgehenden Zarenreich wurde die weiß-rot-weiße Flagge zum Symbol der angestrebten belarusischen Staatlichkeit. In der Sowjetunion wurde die Flagge dann allerdings in einen engen Zusammenhang mit dem Faschismus gestellt. Erst in den 1980er und 1990er Jahren wurde weiß-rot-weiß für die neue Oppositionsbewegung zu einem Symbol für demokratischen Wandel. Ackermann

wies darauf hin, dass die weiß-rot-weiße und die rot-grüne Flagge für zwei unterschiedliche Staatlichkeitstraditionen stehen. Die erste bezieht sich auf die vorsowjetischen Bestrebungen nach einem unabhängigen Staat, wohingegen die zweite die Flagge der Belarusischen Sozialistischen Sowjetrepublik darstellt.

Den Rückgriff auf die weiß-rot-weiße Flagge als „faschistisch“ zu bezeichnen ist laut Ackermann zu einseitig. Zwar hätten gewisse weißruthenische Gruppen im Zweiten Weltkrieg mit der deutschen Besatzungsmacht kollaboriert. Diese ausschließliche Geschichtsinterpretation ignoriere aber, dass die Flagge auch eine demokratische Tradition hatte und bis heute eng mit der staatlichen Unabhängigkeit von 1991 verbunden sei. Als problematisch bezeichnete Ackermann den Versuch beider Seiten, der Regierung ebenso wie der Protestierenden, sich gegenseitig mit dem Vorwurf des Faschismus zu diskreditieren. Das Regime erkläre die weiß-rot-weiße Flagge als faschistisch, wohingegen die Protestierenden die Polizei als Faschisten und die belarusischen Gefängnisse als Auschwitz bezeichnen.

In Belarus konkurrieren heute vor allem zwei Geschichtsnarrative. Das offizielle Geschichtsbild sei sehr auf die Staatlichkeit ausgerichtet, auch um sich gegenüber Russland abzugrenzen, so Bohn. Zentral seien drei Mythen: Die Ursprungsmythe, dass das Fürstentum Polozk der Beginn der belarusischen Staatlichkeit darstelle, die Mythe des goldenen Zeitalters im Fürstentum Litauen mit einer Blüte belarusischer Kultur sowie die Mythe des antifaschistischen Partisanenkampfs. Für die Protestierenden dagegen stehe weniger die Staatlichkeit im Vordergrund als das Erleben nationaler Zusammengehörigkeit. Die Proteste infolge der Präsidentschaftswahlen führten zu einem bisher nie dagewesenen Wir-Gefühl als belarusisches Volk, bemerkte Siebert.

Die Aufzeichnung der Podiumsdiskussion ist unter folgendem Link abrufbar:
<https://youtu.be/8EMGI0ppKTg>



Felix Ackermann



Thomas Bohn



Anke Hilbrenner



Diana Siebert

Nachbarschaftshilfe? Belarus und Russland

Bericht: Henri Koblischke
Screenshots: Olessia Seminina

Die Beziehungen zwischen Russland und Belarus sind verworren. Während des Wahlkampfes stilisierte Aljaksandr Lukaschenka das benachbarte Russland als nationale Bedrohung. Angesichts der wachsenden Proteste rief er seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin um Hilfe. Russland entsendete Journalist*innen, um die Streikenden in den staatlichen Medien und Geheimdienstagent*innen als Berater*innen zu ersetzen. Und Präsident Putin versprach, eine Polizeireserve aufzubauen - falls die Situation außer Kontrolle gerät. Welche Strategie verfolgt die russische Regierung angesichts des sozialen Aufstands im Nachbarland? Und was bedeutet das für die Souveränität von Belarus?

Nach Ansicht von Yauheni PREIHERMAN vom Minsk Dialogue Council on International Relations sind für die russische Regierung geopolitische Überlegungen entscheidend. Zum einen sei für Russland klar, dass sich Belarus unter Lukaschenka nicht nach Westen orientieren wird, wohingegen der Kurs der Opposition weniger vorhersehbar sei. Zum anderen fürchte die russische Regierung, ein demokratischer Wandel in Belarus könne

eine Blaupause für den postsowjetischen Raum und vor allem Russland selbst sein. Arkady MOSHES vom Finnish Institute of International Affairs bezeichnete diese Haltung als typisch für die vorherrschende Ideologie des russischen Regimes. Autokraten dürften nicht durch Wahlen oder Proteste von der Macht getrennt werden.

Die Unterstützung für Lukaschenka sei demnach die Entscheidung ein „bekanntes Übel“ zu unterstützen, argumentierte Moshes. Dies sei auch Russlands einzige Wahl, da Lukaschenka erfolgreich die russisch-belarusischen Beziehungen monopolisiert habe und jegliche Konkurrenz gegenüber ihm als „Russlands einzigem Freund“ ausgeschaltet

habe. Moshes sieht darin Lukaschenkas Strategie zur Machtsicherung, da die russische Regierung so aus Alternativlosigkeit an ihn gekettet bleibe. Hinzu komme, dass Lukaschenka den belarusischen Staatsapparat fest im Griff habe. Ein potenzieller Nachfolger dürfte einen schwächeren Stand haben, was ihn womöglich daran hindern könnte, im Interesse des Kremls zu handeln.

Nichtsdestotrotz warnten sowohl Moshes als auch Preiherman davor, die Möglichkeit eines Wechsels

an der belarusischen Staatsspitze hin zu einem neuen von Russland unterstützten Nachfolger auszuschließen. In gewisser Hinsicht, so Moshes, befindet sich Russland sogar in der „Luxusposition“. Es könne Lukaschenka zunächst weiter unterstützen und, sobald opportun und möglich, einen Wechsel an der Spitze des Regimes durchsetzen.



Miriam Kosmehl



Arkady Moshes



Yauheni Preiherman

Eine Eskalation der Lage liege zum jetzigen Zeitpunkt jedenfalls im Interesse keiner Partei, äußerte sich Moshes. Die Demonstrierenden wollten friedlich sein, Lukaschenka und der Kreml könnten auf Zeit spielen und darauf setzen, dass die gesellschaftliche Mobilisierung abnimmt. Die Gefahr gehe daher weniger von einer geplanten Eskalation als von „Hitzköpfen“ im Sicherheitsapparat oder seitens der eingeschleusten russischen Akteur*innen in Belarus aus, die ihre eigenen Vorstellungen durchsetzen wollten. Dass der versuchte Mord an Alexej Nawalny eine Warnung an die belarusischen Demonstrierenden gewesen sei, bezweifelte Moshes.

Uneinig waren sich beide Experten im Hinblick auf die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Belarus. Moshes kritisierte die „Neuanfänge“ in den bilateralen Beziehungen der letzten Jahre. Sie hätten die Demokratiebewegung in Belarus unterminiert. Er befürwortete eine stark verlängerte Sanktionsliste, die auch mittlere und niedrige Beamte sowie ihre Familien umfassen solle. Wirtschaftssanktionen betrachtete er mit Skepsis und bezweifelte ihre Wirkung. Vielmehr solle der Westen aufhören, Lukaschenka als Präsidenten anzuerkennen. Dagegen betonte Preiherman, dass es weiterhin Gespräche mit Lukaschenka geben müsse, da dieser bereits Fakten geschaffen habe und man sich in der Diplomatie seine Gesprächspartner*innen nicht aussuchen könne. Unter Verweis auf frühere Vorfälle argumentierte er, personenbezogene Sanktionen stoppten keine weiteren Repressionen. Wirtschaftssanktionen dagegen strafften die Bevölkerung ab und wären auch nicht im Interesse der EU. Sanktionen seien daher keine sinnvolle Handlungsoption für die EU, sie solle „etwas anderes versuchen“. Welche Alternativen denkbar wären, blieb aber unklar.

Die Aufzeichnung der Podiumsdiskussion ist unter folgendem Link abrufbar:
<https://youtu.be/2JBKsGQ6klc>



Podiumsdiskussion, Teil III
3. September 2020, online

Jenseits der Östlichen Partnerschaft: Belarus und die Europäische Union

Bericht: Henri Koblischke
Screenshots: Olessia Seminina

Fünf Tage nach den Präsidentschaftswahlen in Belarus verkündete die Europäische Union, das offizielle Wahlergebnis nicht anzuerkennen und beschloss Sanktionen gegen hochrangige Vertreter*innen der Regierung. Innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten gingen die Meinungen darüber auseinander, ob diese Maßnahmen ausreichen.

Auch Teile des Europäischen Parlaments forderten schärfere Reaktionen. Demgegenüber befürchteten die Wortführer*innen der Proteste in Belarus, durch die Strafmaßnahmen der EU noch stärker als Sprachrohr des Westens stigmatisiert zu werden.

Welche Optionen hat die EU in der augenblicklichen Krise? Und wer sind die wichtigsten

Ansprechpersonen und Adressat*innen ihrer Politik?

Dirk SCHUEBEL, Botschafter der Europäischen Union in Minsk, erinnerte eingangs daran, dass die EU bereits vor den Präsidentschaftswahlen aktiv geworden sei. So habe man offiziell gefordert, dass diese frei und fair sein müssten. Er sprach nach den Wahlen von einer „schnellen Reaktion“ der EU. Trotz unterschiedlicher Interessen in anderen Politikfeldern hätten sich die Mitgliedsstaaten angesichts des Aus-

maßes der Wahlfälschungen und Repressionen in wenigen Tagen auf eine gemeinsame Linie geeinigt.

Sabine FISCHER, Teamleiterin des Projekts „Public Diplomacy. EU and Russia“ in Moskau teilte diese Einschätzung grundsätzlich. Allerdings, gebe es nach wie vor unterschiedliche Interessengruppen innerhalb der

EU. Einige Mitglieder wollten härtere Maßnahmen, wohingegen andere, wie Deutschland, eine zurückhaltendere Position einnehmen. Zumindest die Bundesregierung sei aber nun auch durch den Mordanschlag auf Alexej Nawalny unter Druck geraten. Dies gelte es für weitere EU-Maßnahmen gegenüber dem Regime von Lukaschenka schnell zu

nutzen, da sich die Möglichkeiten, die Geschehnisse in Belarus zu beeinflussen, schnell ändern könnten.

Dzianis MELYANTSOU vom Think-Tank Minsk Dialogue betonte, dass die EU ihre Ziele und Interessen klar definieren müsse. Nur wenn dies gegeben sei, könne sie eine kohärente Belaruspolitik mit effektiven Instrumenten entwickeln. Das bisherige EU-Sanktionsregime jedenfalls, das sich auf Individuen konzentriert, sei nicht geeignet, das Regime zu beeinflussen, dies könnten

nur Wirtschaftssanktionen. Darüber hinaus schätzte er die Chancen für einen Regimewechsel als gering ein, denn einerseits habe es keinen wirkungsvollen Generalstreik gegeben und andererseits unterstütze mittlerweile Russland Lukaschenka aktiv. Nachdem das Regime in den ersten Wochen nach der Wahl geschwächt gewesen sei, habe es mittlerweile seine Macht konsolidiert. Paradoxerweise schwäche genau diese Situation den Einfluss Russlands auf Lukaschenka, der nun aus einer Position der relativen Stärke agiere.

Vor diesem Hintergrund mahnte Melyantsou, den Einfluss Russlands auf Lukaschenka nicht zu überschätzen. Dirk Schuebel widersprach und sah in Russlands Unterstützung für Lukaschenka „den entscheidenden externen Faktor“, der das Regime an der Macht halte und von Putins Wohlwollen abhängig mache. Sabine Fischer erläuterte die Ziele der russischen Regierung: Belarus solle ein pro-russischer und nicht-demokratischer Staat sein. Lukaschenka an der Macht zu halten, entspreche diesem Ziel, aber die Unterstützung Russlands sei „nicht bedingungslos“ und zudem abhängig von der politischen Entwicklung in Belarus. Wenn es den russischen Interessen entspräche, könnte perspektivisch auch ein anderer Akteur als Lukaschenka Unterstützung erhalten.

Der Machtkampf zwischen dem Regime Lukaschenkas einerseits und den Demonstrierenden andererseits ist noch nicht abschließend entschieden. Die Einschätzungen, welche Faktoren für den Ausgang entscheidend sind, gingen aber auseinander. Die Frage, wie stark der Einfluss der EU in Belarus ist oder sein könnte und mit welchen Mitteln er geltend gemacht werden könnte, blieb ungeklärt und ein wichtiger Aspekt für eine zukünftige Diskussionsrunde.

Die Aufzeichnung der Podiumsdiskussion ist unter folgendem Link abrufbar:
<https://youtu.be/BJcVuAOEI-U>



Sabine Fischer



Dzianis Melyantsou



Dirk Schuebel

Research under the Covid-19 Condition: Eastern Europe as a Global Area

Bericht: Henri Koblischke

Fotos: Swen Reichhold, Leibniz ScienceCampus EEGA

Die Covid-19-Pandemie hat unmittelbare Auswirkungen auf wissenschaftliches Arbeiten und den akademischen Austausch. Eine zweiteilige Podiumsdiskussion im hybriden Format (Präsenzveranstaltung mit online-Zuschaltung) am Leibniz-WissenschaftsCampus EEGA in Leipzig beschäftigte sich mit den Folgen der Pandemie für Forschungsfragen ebenso wie für die veränderten Arbeitsbedingungen von Wissenschaftler*innen und die Wissenschaftskommunikation.

Matthias MIDDPELL vom Leibniz-WissenschaftsCampus EEGA plädierte dafür, bestehende Vorstellungen von der zunehmenden Globalisierung in Politik, Wirtschaft und Forschung kritisch zu überprüfen. Die Realität zeige, dass die Staaten sehr unterschiedlich auf die Pandemie reagieren und auch die wirtschaftlichen Produktionsket-

ten nicht so global seien, wie vielfach angenommen. In den letzten zwei Jahrzehnten sei viel über eine Wissenschaft 2.0 diskutiert worden, in der Wissenschaft, Politik und Gesellschaft nicht mehr klar voneinander zu trennen seien. Die aktuelle Situation zeige, dass die Politik auf unabhängige Forschung angewiesen sei, da diese Langzeitperspektiven berücksichtigt.

Gwendolyn SASSE verwies auf die allgemeine These, dass autoritäre Systeme aufgrund ihrer Befehlsstrukturen besser in der Lage seien, effektiv mit Krisen umzugehen. Die Realität zeige, dass viele autoritär regierte Staaten sehr große Probleme im Umgang mit der Pandemie haben. Für Demokratien stelle sich allerdings die Frage, wieviel Macht die Exekutive in einer Krisensituation erhalten dürfe. In den Sozialwissenschaften sei es erforderlich, neue

Podiumsdiskussion 16. September 2020, Leipzig

Kooperationspartner: British Association for Slavonic & East European Studies (BASEES), Leibniz-WissenschaftsCampus "Eastern Europe – Global Area" (EEGA) und Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)



Matthias Middell

Kategorien in die Forschung einzubeziehen oder diesen ein stärkeres Gewicht zu geben. So seien Emotionen in der augenblicklichen Krise ein wichtiger Faktor, der in der Forschung mehr Berücksichtigung finden müsse. Positiv in der augenblicklichen Krise sei die stärkere gesellschaftliche Aufmerksamkeit für die Arbeit von Wissenschaftler*innen. Die Möglichkeiten, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen, seien aber begrenzt, bemerkten Matthias Middell und Stefan ROHDEWALD vom Leibniz-WissenschaftsCampus. Ein Hindernis sei, dass Politiker*innen gegenüber Forschungsergebnissen der „weichen“ Wissenschaften weniger empfänglich seien, da es keine klare „Wahrheit“ als Handlungsgrundlage gebe. Zudem gebe es in einigen Disziplinen auch kaum Erfahrung mit Politikberatung.

Einig waren sich Middell und Sasse in der Frage, ob Interdisziplinarität durch Covid-19 an Bedeutung gewonnen habe. Interdisziplinarität würde immer gefordert, finde in der Praxis aber kaum statt. Publikationen aus anderen Wissenschaften würden kaum rezipiert. Interdisziplinarität sei darüber hinaus etwas, das sich aufgrund disziplinärer Logiken nicht alle Wissenschaftler*innen leisten könnten. Sie sei vor allem eine Option für Veteran*innen und nicht für junge Forscher*innen, da ein interdisziplinäres Profil der wissenschaftlichen Karriere oftmals nicht zuträglich sei. Wichtig sei es daher, Strukturen zu schaffen, in denen Interdisziplinarität mög-

lich sei. Die Einstellungen der Wissenschaftler*innen müssten sich ändern, aber auch veränderte wissenschaftspolitische Rahmenbedingungen seien wichtig. Kontrovers blieb die Frage, wie weit die Auswirkungen von Covid-19 zu einem besseren Verständnis über die Region des östlichen Europas beitragen. Während Gwendolyn Sasse die Auffassung vertrat, dass die Pandemie mehr Ähnlichkeiten zwischen den unterschiedlichen Teilen Europas aufzeige, zeigte sich Stefan Rohdewald von der Universität Leipzig skeptisch: Die Pandemie werde nicht zu strukturellen Veränderungen im wissenschaftlichen Blick auf das östliche Europa führen.

Im zweiten Panel ging es um die Auswirkungen der Pandemie auf Forschung, Lehre und Wissenschaftskommunikation. Judith PALLOT von der British Association for Slavonic & East European Studies erläuterte diese am Beispiel ihres aktuellen Forschungsprojekts über die Haftbedingungen in russischen Gefängnissen. Anstatt der geplanten Interviews mit russischen Häftlingen habe sie lokale Wissenschaftler*innen beauftragt, Interviews mit ehemaligen russischen Häftlingen in Estland durchzuführen. Der durch Covid-19 verursachte Zugangsverlust zum Forschungsfeld erinnerte Pallot an die Arbeitsbedingungen zu Beginn ihrer Forschungskarriere in den Zeiten des Kalten Kriegs. Feldforschungsprojekte in der Sowjetunion waren



Judith Pallot



Reka Krizmanics

immer durch Einreiseverbote gefährdet. Wissenschaftler*innen sollten auch heute bereits bei der Konzeption von Feldforschung Alternativoptionen bedenken und diese auch in Forschungsanträgen aufzeigen.

Reka KRIZMANICS von der Universität Leipzig und dem Global History Lab berichtete von ihren Erfahrungen in der online-Lehre. Konzepte aus der Präsenzlehre ließen sich nicht einfach auf die digitale Lehre übertragen. Wichtig sei es vor allem, die unterschiedlichen Aufmerksamkeitsspannen in der Präsenz- und Digitallehre zu berücksichtigen. In der digitalen Lehre hätten sich mehrere, dafür aber kürzere Einheiten sowie die Arbeit in Kleingruppen sehr bewährt. Trotz dieser positiven Erfahrungen sei es wichtig, der Wissenschaftspolitik keinen Vorwand zu liefern, Geld für die Präsenzlehre einzusparen.

Gabriele FREITAG von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde erläuterte die Umstellung von Präsenzveranstaltungen auf Onlineformate am Beispiel von Analysen und Diskussionen über die gesellschaftlichen Proteste und die politische Krise in Belarus. Dank der digitalen Technik sei es möglich gewesen, Veranstaltungen sehr kurzfristig zu organisieren und Personen aus Belarus zuzuschalten, die nicht nach

Deutschland einreisen konnten. Mit diesen Diskussionen ebenso wie mit Publikationen reagierte die DGO sehr schnell auf den großen Bedarf an Information. Allerdings lasse sich der fehlende persönliche Austausch über die Ereignisse in Belarus, der auch Anregungen für Handlungsoptionen in der deutschen Politik und Gesellschaft liefere, durch diese Formate nicht kompensieren.

Alle drei Diskutantinnen sahen in Covid-19 eine besondere Herausforderung für die Osteuropaforschung, da der Zugang zur Region auf unbestimmte Zeit entfällt und auch Sprachen schwieriger erlernt und praktiziert werden können. Ob die Feldforschung als Methode durch Covid-19 nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig an Bedeutung verlieren wird, lässt sich zum augenblicklichen Zeitpunkt nicht beantworten. Wissenschaftler*innen seien aber nicht nur Opfer von Covid-19, sondern auch Gestalter*innen der Zukunft. Dementsprechend gelte es, die gebotenen Möglichkeiten zu nutzen und die Nachteile der Pandemie bewusst zu minimieren.

Die Aufzeichnung der Podiumsdiskussion ist unter folgendem Link abrufbar: <https://youtu.be/VjQJDtHTyx4>



Begegnungen mit der Erinnerung „Die Architektur der Blockade“

Bericht: Henri Koblischke

872 Tage dauerte die Blockade der Stadt Leningrad 1941–1944 und ist zentraler Bestandteil der russischen Erinnerungskultur an den Zweiten Weltkrieg. Weniger bekannt ist dagegen, was der Film „die Architektur der Blockade“ schildert, nämlich die Rettung historischer Monumente und Gebäude durch die Leningrader Bevölkerung vor den Bomben- und Artilleriebombardements der Wehrmacht. Den Film, der im Vorfeld der Veranstaltung auf Youtube auf Deutsch und Russisch zu sehen war, diskutierten der Produzent Viktor NAUMOW, die Leiterin des Deutsch-Russischen Begegnungszentrums Arina NEMKOWA, sowie die Historiker Nikita LOMAGIN von der Europäischen Universität Sankt Petersburg und Ekaterina MAKHOTINA von der Universität Bonn.

Anlass für den Film gab die Familiengeschichte Naumovs. Seine Mutter ist gebürtige Leningraderin, sein Großvater lebte während der Blockade in Leningrad. Der Film zeigt keine „Helden“ im engeren Sinne, sondern eine Vielzahl von Menschen in unterschiedlichen Rollen – von der Architektin bis hin zum Bergsteiger –

die dazu beigetragen, die Stadt zu tarnen. Dies hatte einerseits militärische Gründe. Der feindlichen Aufklärung sollten Orientierungspunkte genommen und eigene kritische Infrastrukturen geschützt werden. Andererseits spielte die Architektur in der Leningrader Identität auch

vor dem Krieg eine bedeutende Rolle. Nikita Lomagin betonte, dass so kurz nach der Oktoberrevolution nicht die sowjetischen Bauten, sondern die Gebäude der Zarenzeit und die alten Traditionen zentral für das Selbstverständnis der Leningrader*innen waren. Somit war die die Tarnung historischer Bauten während der Blockade „mehr als die Rettung von Denkmälern“, konstatierte Makhotina, sondern vor allem auch ein Ringen,

die Seele und Identität der Stadt zu bewahren. Das Stadtbild zu sehen, wenn auch verdeckt durch Tarnvorrichtungen, habe den Leningrader*innen inmitten des Zusammenbruchs Kraft gegeben, meinte Lomagin.

Das kulturelle Leben wurde auch während der Blockade aufrechterhalten. Bibliotheken waren geöffnet, Theaterstücke wurden geschrieben und Olga Bergholz'

Podiumsdiskussion
23. September 2020, online

Kooperationspartner:
Deutsch-Russisches Begegnungszentrum St. Petersburg



Stimme erklang im Radio. Einerseits bot dies den Menschen ein Mindestmaß an Alltagsleben, andererseits waren Kunst und Kultur auch vom Sowjetregime vereinnahmt, bemerkte Lomagin. Kulturschaffende und ihre Werke waren in den Augen des Regimes Propagandainstrumente, die die Moral der Russ*innen stärken sollten. So wurde beispielsweise in Leningrad ein Propagandafilm gedreht, der die Lebenswirklichkeit der Leningrader*innen allerdings nur bedingt abbildete.

Die starke Bindung zwischen Leningrader*innen und ihrer Stadt brachte Makhotina auf den Punkt: „Die Stadt ist so schön. Schade, dass ich sterbe“, zitierte sie eine Zeitzeugin. Doch nicht nur während, sondern auch unmittelbar nach der Blockade dominierte der Anblick der zerstörten Gebäude die Erinnerungen der Leningrader*innen wie der Rückkehrer*innen, so die gebürtige St. Petersburgerin Makhotina. Sie bekräftigte, dass die Erinnerung an die Blockade auch heute noch wachgehalten wird, sei es durch Zeitzeugen*innen- oder Friedhofsbesuche oder Schulunterricht.

Während die Blockade in Russland eine prominente Rolle in der Weltkriegserinnerung spielt, wurde sie in der alten Bundesrepublik lange stiefmütterlich als Nebenkriegsschauplatz behandelt. Die westdeutsche Geschichtsschreibung tat die Blockade als Kriegsnotwendigkeit ab. Makhotina identifiziert erst ab den 1990er Jahren im wiedervereinten Deutschland einen

Wandel, der auch die Verbrechen der Wehrmacht auch in Leningrad thematisierte. Lomagin ergänzte, dass sich in der DDR im Gegensatz zur Bundesrepublik durchaus Historiker*innen intensiv mit der Blockade beschäftigten. Allerdings sei das Wissen über die Blockade in Deutschland gering, resümierte Makhotina und führte dies auf mangelnde Thematisierung im Geschichtsunterricht zurück. Nicht Leningrad, sondern Stalingrad dominiert dort. Die deutsch-sowjetische/russische Erinnerung an Leningrad bliebe allerdings von einem Paradoxon gekennzeichnet, konstatierte Makhotina: Die Opfergesellschaft sehe sich nicht als solche an, sondern heroisierte die Geschehnisse. Eine gemeinsame Erinnerung an die Leningrader Blockade hat sich also nicht herausgebildet.

Somit verwundert es nicht, dass Lomagin Erinnerung und Erinnerungspolitik als zukünftige Forschungs- und Handlungsfelder identifizierte. Darüber hinaus seien die medizinischen Folgen der Mangelernährung der Eingeschlossenen ein „weißer Fleck“ in der Historiographie, den es in Anbetracht der nur noch kurz bemessenen Lebenszeit der Zeitzeug*innen zügig zu schließen gelte. Einen „weißen Fleck“ weniger gebe es allerdings dank des Films „Die Architektur der Blockade“, darin waren sich alle Diskutierenden einig. Sie würdigten den Film als ein wichtiges Puzzleteil der Geschichtsforschung der Leningrader Blockade.

Belarus zwischen Aufbruch und Repression Ein Gespräch mit Swetlana Tichanowskaja und Nils Schmid

Bericht: Henri Koblischke

Fotos: Dirk Enters

Nach den Präsidentschaftswahlen Anfang August 2020 protestierten in Belarus Hunderttausende gegen die offensichtliche Fälschung der Wahl und die brutale Gewalt des Machtapparats. Swetlana TICHANOWSKAJA, die bei den Wahlen gegen den seit 26 Jahren autoritär regierenden Amtsinhaber Aljaksandr Lukaschenka angetreten war, wurde gezwungen, das Land zu verlassen. Aus dem Exil in Litauen hat sie einen Koordinationsrat initiiert, der dem Regime einen Dialog anbietet.

In ihrem Eingangsstatement verwies Tichanowskaja auf ein weiß-rot-weißes Stück der Berliner Mauer. So wie damals die Bürger*innen der DDR seien nun auch die Belarus*innen nach 26 Jahren Diktatur aufgewacht. Sie hob die wichtige Funktion der Frauen hervor, die nicht nur im Wahlkampf, sondern auch auf der Straße eine führende Rolle spielten. Da das Land nun ohne legitime Führung sei, spiele jede*r Einzelne eine führende Rolle, betonte sie. Tichanowskaja klagte das Regime an: „Die ganze Gewalt geht nur von der Seite

des Staates aus.“ Dies sei aber ein Zeichen der Schwäche, historisch betrachtet habe friedlicher Protest vielerorts gewirkt. Das Ziel, so Tichanowskaja, seien nun faire Neuwahlen. „Wir möchten, dass unser Staat uns endlich erhört“, sagte sie und bekräftigte, dass die Belarus*innen nicht unter Lukaschenka weiterleben möchten. Vor diesem Hintergrund sprach sie

den Protesten jeglichen geopolitischen Charakter ab. Sie forderte die Nachbarstaaten von Belarus und ganz Europa auf, als Vermittler den Dialog zu ermöglichen, den das Regime bisher verweigere. „Belarus ist ein Teil Europas“, sagte sie und warb um konkrete Unterstützung Deutschlands und der EU bei der Thematisierung von Polizeigewalt und Folter gegenüber Regimegegner*innen sowie – im Falle eines Regimewechsels – für wirtschaftliche Unterstützung.

In der anschließenden Diskussion fragte der OSTEUROPA-Redakteur und Moderator Volker WEICHSEL, woher die Menschen nach zwei Monaten permanenter Mobilisierung noch die Kraft nähmen zu

Podiumsdiskussion
5. Oktober 2020, Berlin

Kooperationspartner:
Zentrum Liberale Moderne

protestieren. Swetlana Tichanowskaja erläuterte, dass nunmehr jede*r jemanden kenne, der*die Opfer staatlicher Repressionen geworden sei, dass die Menschen dies dem Regime nicht verzeihen und nun „bis zum bitteren Ende“ kämpfen würden. In Bezug auf die Rolle des Nationalen Koordinierungsrats stellte sie klar, er sei „keine Exilregierung“, sondern bereite vielmehr die Zeit nach dem Machtwechsel vor. So beschäftige er sich beispielsweise mit Wirtschaftsfragen. Der Koordinierungsrat stelle sich auf eine langfristige Arbeit ein. Ein weiteres Ziel sei es, die Regierung zu einem Dialog mit dem Koordinierungsrat zu bewegen. Auf Nachfrage, ob die Freilassung der politischen Gefangenen eine Vorbedingung für den Dialog mit dem Regime sei, ließ Swetlana Tichanowskaja erkennen, dass sie in diesem Punkt entgegen ihrer ursprünglichen Forderungen verhandlungsbereit sei.

Ein weiterer Themenblock waren die Rollen Deutschlands und der EU. Swetlana Tichanowskaja dankte Deutschland für seinen Einsatz für die Sanktionen. Im Bereich der kurzfristigen Hilfe forderte sie darüber hinaus eine erweiterte Sanktionsliste, die Anerkennung des Koordinierungsrats als Dialogpartner und vor allem humanitäre Hilfe für die betroffenen Belarus*innen. Zentrale Bestandteile ihrer Forderungen waren Visaerleichterungen, Hilfsprogramme für Studierende und die Unterstützung Oppositioneller bei Gerichtsprozessen. Deutschland solle dem Beispiel Polens und Litauens folgen. Um einen Dialog mit dem Regime herzustellen, sollten Deutschland oder andere europäische Staaten Vermittlerrollen übernehmen. Für den Fall des Machtwechsels warb Tichanowskaja zudem dafür, Belarus wirtschaftlich zu unterstützen.

Hinsichtlich der EU-Sanktionen betonte Nils SCHMID MdB, dass diese das Regime „in der Spitze und der Breite“ treffen sollten. Ziel sei es, die Unterstützer des Regimes dazu zu bringen den Kurs der Gewalt zu hinterfragen. Vor diesem Hintergrund schloss er nicht aus, weitere Personen auf die Sanktionsliste zu setzen. Die Sanktionen sollten konkrete Fortschritte bringen, zum Beispiel Lukaschenka dazu bewegen, politische Gefangene freizulassen. Nils Schmid machte

sich zudem dafür stark, nach dem Vorbild Polens und Litauens das Visaregime zu lockern, Stipendien für politische Flüchtlinge bereitzustellen und unabhängige Medienberichterstattung in Belarus zu gewährleisten. Deutschland und die EU befänden sich aber in einem Dilemma, denn jede konkrete Unterstützung gefährde auch Personen und setzte sie dem Risiko weiterer Repressalien aus. „Wir brauchen einen direkten Draht nach Minsk“, formulierte er ein weiteres Ziel der deutschen Außenpolitik. Bisher verweigere das Regime aber jeglichen Kontakt. Es gelte, Lukaschenka aus der Festung zu holen. Schmid griff zudem Tichanowskajas Forderung nach wirtschaftlicher Unterstützung auf. „Wir müssen Belarus ein großzügiges Angebot machen“, sagte Schmid und nannte die Energiepolitik als ein denkbare Kooperationsgebiet, um den Energiemix des Landes zu diversifizieren.

Zur Rolle Russlands bemerkte Schmid: „Die Geopolitisierung des inneren Konflikts machen wir nicht“. Man habe den Kreml vor einem Eingreifen von außen gewarnt, betonte er. Dies liege auch im Interesse Russlands, denn dadurch entstünde die Gefahr, Belarus wie andere postsowjetische Staaten „zu verlieren“. Der häufig formulierten These, der Schlüssel zur Lösung des Konflikts liege in Moskau, widersprach Swetlana Tichanowskaja entschieden. „Der Schlüssel zur Lösung der Krise liegt in Belarus“, sagte sie. Kein Nachbar habe das Recht, sich einzumischen, nur die Belarus*innen selbst könnten eine Lösung finden. Somit richtete sich zum Abschluss der Diskussion der Fokus wieder auf Belarus. Swetlana Tichanowskaja konstatierte, eine Elitenspaltung gebe es noch nicht. Sie sehe aber erste Risse im Mittelbau der Beamenschaft und vor allem in den Streitkräften. Entscheidend sei der Faktor Zeit, um das Regime ausreichend zu schwächen.

Die Aufzeichnung der Podiumsdiskussion ist unter folgendem Link abrufbar:
<https://youtu.be/lVtedcVVLxk>



„Status quo vadis?“ Bestandsaufnahme und Zukunft der geographischen Osteuropa-Forschung

Bericht: Birgit Glorius, Henryk Alff

Unter dem Titel ‚Status quo vadis?‘ Bestandsaufnahme und Zukunft der geographischen Osteuropa-Forschung konstituierte sich Anfang Oktober 2020 die DGO-Fachgruppe Geographie mit einem vielfältigen fachlichen Austausch und inspirierenden Debatten zu den Perspektiven der regionalwissenschaftlichen Forschung neu. Die Regionalstudien, insbesondere mit Fokus auf Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion, haben in den vergangenen drei Jahrzehnten erhebliche Transformationsprozesse durchlaufen. Auf der einen Seite ist zu konstatieren, dass sich die Forschungsregion durch unterschiedlichste Dynamisierungsprozesse neu konfiguriert hat. Zu diesen Prozessen zählen unter anderem politische Neuorientierungen auf unterschiedlichen Maßstabsebenen, der veränderte Charakter politischer und sozialer Grenzen, sozialräumliche Mobilisierung/Mobilität und Interaktionen, sich wandelnde Mensch-Umwelt-Beziehungen sowie wirtschaftliche und technologische Vernetzungen. Diese Entwicklungen

stellen das Verständnis von Osteuropa als klar definiertem und in sich mehr oder weniger als geschlossen betrachtetem ‚Raum‘ zunehmend infrage. Auf der anderen Seite hat sich die Forschungsinfrastruktur in den Regionalstudien aufgrund institutioneller Neuordnungen,

aber auch durch den Verlust regionalwissenschaftlicher Forschungseinrichtungen und entsprechender Expertise an Universitäten sowie auch das Verhältnis zwischen der disziplinären Forschung und den Regionalstudien grundlegend gewandelt.

Die drei auf die Schwerpunkte sozialräumliche Verflechtungen, Grenzen und Staatlichkeit sowie empirische und analytische Perspektivwechsel fokussierten Panels mit insgesamt zehn Vorträgen brachten dabei einen bedeutenden Teil des thematischen Spektrums der deutschen

geographischen Osteuropaforschung zusammen. In den Beiträgen wurden vier zentrale Metathemen an verschiedenen Stellen aufgegriffen und diskutiert: 1) Zunächst stand das Konzept der Moderne, beruhend auf histo-

Fachtagung Geographie
5.-6. Oktober 2020, online

Kooperationspartner: Professur für Humangeographie, Institut für Europäische Studien und Geschichtswissenschaften, TU Chemnitz

III. Boundary Control



rischen (post-/sowjetischen) Pfadabhängigkeiten aber auch auf innovativen Einflüssen des Informationszeitalters, im Mittelpunkt mehrerer Vorträge. So kontextualisierte beispielsweise Wladimir SGIBNEV (Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) Leipzig) das in Zentralasien verbreitete kollektive Mobilitätssystem von ‚marshrutkas‘ als einen Vorboten globaler Trends und diskutierte die wesentlichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu westlichen Systemen wie z.B. Uber. Paulina SIMKIN (Universität Augsburg) widmete sich der jüngeren Cafékultur in Bischkek, Kirgistan, als einem Beispiel für die Transformation kultureller Muster durch den Einfluss von Migration und Transnationalität. Birgit GLORIUS (Technische Universität Chemnitz) thematisierte in ihrem Vortrag zu Rückwanderung nach Bulgarien Mechanismen des Wissenstransfers in transnationalen Konfigurationen sowie lokale Anpassungsprozesse und -probleme. In der Diskussion dieser Beiträge wurde vor allem die Vermeidung von ‚territorial traps‘ und hegemonialen Denk- und Deutungsmustern in der geographischen Analyse hervorgehoben. Zudem wurde die Frage diskutiert, wie regionalgeographische Spezifika jenseits von ‚Container-Ansätzen‘ eingeordnet werden können.

Damit in engem Zusammenhang stehend, zog sich 2) der an Bedeutung zunehmende Querschnittsbegriff der Nachhaltigkeit durch die Tagung und die damit zusammenhängenden zukünftigen gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Entwicklungstendenzen. So stellte Konstantin KAMINSKIJ (Humboldt-Universität zu Berlin) ein Konzept für grenzüberschreitende

Tourismusentwicklung im Kaukasus vor und reflektierte zudem kritisch über die Produktion von Tourismusräumen durch kulturelle und kulturalisierende Narrative.

Henryk ALFF (Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde) präsentierte Forschungsergebnisse zu landwirtschaftlichem Wandel in der kasachstanisch-chinesischen Grenzregion und diskutierte die Möglichkeiten einer Bioökonomie für Kasachstan. Der Beitrag

von Andrei DÖRRE (Freie Universität Berlin) widmete sich verschiedenen Formen lokal verankerten kollaborativen Handelns im tadschikischen Pamir und schlug eine Umkehr der Blickrichtung in Bezug auf Lerneffekte für westliche Gesellschaften vor.

Ein weiteres wichtiges Thema der Tagung war 3) die Konzeptionalisierung (staatlicher) Akteur*innen bzw. von Staatlichkeit und die Betrachtung der Einflüsse von Entscheidungsträgern von der lokalen Ebene bis hin zum globalen Führungsanspruch Chinas ‚in the making‘. So diskutierte Matthias SCHMIDT (Universität Augsburg) in seinem Vortrag anhand von Rekonfigurationen in Zentralasien die Herausforderungen, Chancen und Risiken der Belt and Road Initiative (BRI). Joanna KARASIŃSKA-VOGENBECK (Freie Universität Berlin) stellte in ihrem Beitrag zu Grenzregimen im Kaliningrader Gebiet die strategischen Orientierungen institutionellen Handelns dar und zeigte den Handlungsdruck subnationaler Regime im Kontext eines ‚kompetitiven Autoritarismus‘.

Weiterhin wurde 4) die Reflektion von akademischer Wissensproduktion über Osteuropa angesprochen, die Aspekte der sozialräumlichen Positionalisierung des/der Forschenden, aber auch die Präsenz unterschiedlicher Wissensbestände – darunter lokalen Wissens – umfasst. So wies etwa Jörg STADELBAUER (Universität Freiburg) in seinem Überblicksvortrag über Paradigmenwandel in der Osteuropaforschung auf die Folgen des Abbaus regionalgeographischer Forschung zugunsten theoriegeleiteter Sozialfor-

schung in der Geographie hin. Aber auch bildungssoziologische und bildungspolitische Gründe (z.B. der Verlust an osteuropäischer Sprachkompetenz oder die Veränderung von schulischen und universitären Curricula) wurden als Ursache für zurückgehende Aktivitäten in der Osteuropaforschung ausgemacht. Als beispielhafte Lücke wurde etwa im Rahmen der Tagung das vollständige Fehlen der vormals starken Forschungen zur postsowjetischen Stadt konstatiert.

Nicht zuletzt kristallisierte sich in mehreren Vorträgen auch 5) die seit vielen Jahren nicht nur in der geographischen Regionalforschung diskutierte Frage heraus, wie ‚Raum‘ sinnbringend konzeptionell zu fassen ist: Als Container oder aber als relationaler, von Mobilitäten und Migration konfigurierter Raum. Dabei zeigten neben der Vielzahl von Vorträgen, die sich mit Prozessen und Folgen der Mobilität von Menschen und

Dingen befassten, Jessica CZAİKA & David FUCHS (Universität Tübingen) am Beispiel ihrer Forschungen in der polnischen Stadt Łódź eine methodische Möglichkeit, Symbolisches und Imaginäres als raumkonfigurierende Elemente und Auslöser bzw. Begleiter von materiellen Anpassungsprozessen zu begreifen.

Diese und weitere kontrovers diskutierte Aspekte der Area Studies mit Fokus auf Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion werden zweifellos auch die zukünftige Zusammenarbeit der Fachgruppe Geographie mitbestimmen. Nach einer äußerst fruchtbaren Diskussion, die unter anderem auch einen höchst konstruktiven Austausch zwischen etablierten und Nachwuchswissenschaftler*innen umfasste, verabredete sich die Fachgruppe für einen Forschungsworkshop an der TU Chemnitz, der im Jahr 2021 – dann hoffentlich im Präsenzmodus – stattfinden wird.

Inequality in Eastern Europe

Bericht: Janis Kluge, Alexander Libman, Olga Popova

Die diesjährige Tagung der DGO-Fachgruppe Wirtschaft, die aufgrund der Corona-bedingten Einschränkung ausschließlich online stattfand, war dem Thema „Ungleichheit in Osteuropa“ gewidmet. Zum Auftakt der Veranstaltung diskutierten Elisabeth SCHIMPFÖSSL (Aston University) und Christopher HARTWELL (Bournemouth University) mit Benedikt ZANKER (Auswärtiges Amt) über Vermögens- und Einkommensungleichheit in der Region und ihre Auswirkung auf die Stabilität von politischen Systemen. Moderiert von Julia LANGBEIN (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien) und vor einem gut gefüllten virtuellen Raum verglich das Podium die Folgen von Ungleichheit für verschiedene Staaten. Warum scheint Ungleichheit die Stabilität autokratischer politischer Systeme weniger zu gefährden als die von Demokratien? Die Vorstellung, dass die Ungleichheit ein zentraler Faktor ist, der zu einer Destabilisierung der politischen Regime führt, wurde durchaus kontrovers diskutiert. Viele undemokratische Entwicklungen, mit denen man heute in Osteuropa und dem postsowjetischen Eurasien konfrontiert ist, sind offenbar nicht auf hohe wirtschaftliche Ungleichheit zurückzuführen. Ein gewisses

Niveau der Ungleichheit ist natürlich und von einer Marktwirtschaft nicht wegzudenken. Die Teilnehmenden beschäftigten sich daher mit den Bedingungen, unter denen die Ungleichheit tatsächlich eine destabilisierende Wirkung hat, mit der Rolle der Wahrnehmung der Un-

gleichheit und mit möglichen Politikoptionen, die in Bezug auf die Ungleichheitsproblematik zur Verfügung stehen.

In vier Panels wurden danach Entwürfe von Fachartikeln diskutiert. Daran nahmen rund 20 internationale Forscherinnen und Forscher teil, die aus den verschiedensten Teilen Europas und Eurasiens zugeschaltet waren.

Das zweite Panel war Ostmitteleuropa gewidmet und setzte einen Schwerpunkt bei der Entwicklung der Einkommensungleichheit in Polen. Die Vorträge zeigten, dass die Einkommen sich in Polen deutlich ungleicher entwickelt haben als gemeinhin angenommen wird. Die meist als Grundlage genommenen Befragungen führen demnach zu systematischen Verzerrungen, die das Problem der Ungleichheit verharmlosen. Anhand von Steuerdaten lässt sich im Gegensatz dazu feststellen, dass Polen in seiner Transformation zum Kapitalismus zu einer der ökonomisch ungleichsten Gesellschaf-

ten Europas geworden ist, was die gängige Annahme vom „post-kommunistischen Musterland“ infrage stellt. Auch mögliche Verbindungen zum „backsliding“ der polnischen Demokratie wurden diskutiert. Insgesamt führt die höhere Einkommensungleichheit in Ostmittel- und Südosteuropa auch zu einer höheren individuellen Schuldenaufnahme. Der dritte Vortrag zeigte, dass dies aber vor allem für die höheren Einkommensgruppen gilt und machte Sozialdruck für den Wunsch verantwortlich, mit dem Haus, Auto etc. des*der Nachbar*in mithalten zu können. Menschen aus den niedrigeren Einkommensgruppen haben bei höherer Ungleichheit eher Schwierigkeiten, einen Kredit zu bekommen.

Eine weitere wichtige Dimension von Ungleichheit betrifft Gender- und Bildungsfragen. Frauen sowie weniger gebildete Menschen werden häufig auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt, was Langzeitfolgen für die wirtschaftliche Entwicklung hat. Das dritte Panel beleuchtete diese Fragen im Hinblick auf EU- und post-kommunistische Staaten. Die erste Präsentation zeigte, dass russische Frauen nach der Geburt eines Kindes geringere Einkünfte haben und ihr Arbeitsangebot schrumpft. Aufgrund traditioneller Geschlechterrollen ist das „Pay Gap“ zwischen Müttern und Vätern hartnäckig und lässt sich bis zu fünf Jahre nach der Geburt des Kindes beobachten. Der zweite Vortrag setzte die Diskussion zur Geschlechtergerechtigkeit fort und legte den Fokus auf die Spätfolgen des Kommunismus und seine Rolle in der Förderung weiblicher Emanzipation. Während die Bedingungen im Bereich von Bildung, Beschäftigung und politischer Aktivität für Männer und Frauen in post-kommunistischen Staaten formal gleich sind, sind häusliche Gewalt und die Belästigung von

Frauen sowie ein „Pay Gap“ hier besonders ausgeprägt. Die letzte Präsentation beschäftigte sich mit dem Unterschied von Chancen in der Bildung. Die Effekte von unterschiedlicher Bildungspolitik auf die Chancengleichheit wurden diskutiert und die Unterschiede der Alterskohorten in Europa verdeutlicht. Alle Panelist*innen betonten, dass gut gestaltete Institutionen und Politiken einen wichtigen Beitrag zur Reduktion von Genderungleichheit und Bildungsungleichheit leisten können.

Das letzte Panel erweiterte den geographischen und den inhaltlichen Rahmen der Konferenz, in dem weitere Aspekte der Ungleichheit in Betracht gezogen wurden. Aus der räumlichen Perspektive wurden die Entwicklungen in Zentralasien diskutiert: Konkret ging es um den Einfluss von Community Driven Development als Entwicklungspolicy auf die soziale Kohäsion in Kirgisistan. Dem weit benutzten Entwicklungstool wurde nur ein begrenzter Erfolg attestiert. Aus der inhaltlichen Perspektive wurden zwei Themen eingeführt, die gerade in der heutigen Debatte eine zentrale Rolle spielen: politische Konsequenzen der Ungleichheit und der Einfluss der Ungleichheit auf die öffentliche Gesundheit. Dabei wurde konkret gezeigt, dass die subjektive Wahrnehmung der sozialen Mobilität (und nicht nur die objektive soziale Mobilität) ein entscheidender Faktor für die soziale Ungleichheit ist. Aus der politischen Sicht wurde deutlich, dass es einen Zusammenhang zwischen der ökonomischen Unsicherheit und dem Wahlverhalten gibt – die Individuen, die sich eher in einer unsicheren Lage finden, neigen dazu, populistische Parteien zu wählen; die Effekte hängen aber zum Teil von dem Vertrauen in das politische System ab.

Fachtagung Wirtschaft
7. – 8. Oktober 2020, online

Die Zukunft der Ostrechtsforschung

Bericht: Burkhard Breig
Screenshots: Olessia Seminina

Anstelle einer regulären Jahrestagung veranstaltete die Fachgruppe Recht am 6. November 2020 ein Online-Fachgespräch zu Stand und Zukunft der Ostrechtsforschung. Ziel war es, möglichst viele unterschiedliche Beteiligte in Kontakt und Austausch über Stand und Perspektiven der Erforschung der Rechtsordnungen Osteuropas im deutschsprachigen Raum zu bringen. Die Veranstaltung war gegliedert in drei „Foren“ unter den Titeln „Aktueller Stand der Ostrechtsforschung“, „Inhaltliche Ausrichtung der Ostrechtswissenschaft“ und „Was gilt es zu tun?“. Die lebhaften Diskussionen in den drei Foren wurden eingeleitet durch kurze Beiträge von insgesamt 14 Referentinnen und Referenten aus Wissenschaft und unterschiedlichen Bereichen der juristischen Praxis.

Im ersten Forum erörterten die Teilnehmenden die strukturellen Veränderungen der akademischen Erforschung der Rechtsordnungen Osteuropas im deutschsprachigen Raum, aber auch die Bedeutung dieser Region in der juristischen Praxis – von der alltäglichen Arbeit in der Vertragsgestaltung bis hin zu den europäischen Institutionen. Das „Ostrecht“ ist eine Kategorie,

die im deutschsprachigen Raum – in Deutschland anscheinend noch mehr als in Österreich – mehr und mehr aus Denominationen von Lehrstühlen und Bezeichnungen von Instituten verschwindet. Gleichzeitig ist ein

anhaltend großes Interesse an osteuropäischen Themen in Praxis und Wissenschaft zu verzeichnen. Viel praktisch orientierte Rechtsvergleichung findet in den europäischen Institutionen statt. Obwohl diese formal keinen Unterschied zwischen Ost- und Westeuropa machen, scheinen fortbestehende Differenzen weiterhin auch in offiziellen Texten

subtil durch, wenn etwa im aktuellen Rechtsstaatsbericht der Europäischen Kommission die Rede ist von „Mitgliedstaaten, in denen traditionell die Unabhängigkeit der Justiz als hoch oder sogar sehr hoch gilt“ (aus dem Referat von A. Nußberger). Mehrere Beiträge betonten den Bedarf nach Vernetzung zwischen wissenschaftlich Tätigen unterschiedlicher Richtungen, zwischen Wissenschaft und Praxis, zwischen juristisch Tätigen aus Ost und West, aber auch weltweit, etwa in den Weltverbänden für Osteuropastudien oder für Verfassungsrecht. Deutlich wurde auch, dass sich Ost- und Westeuropa

heute in ganz anderer Weise auch durch biographische Wege und professionelle Werdegänge verbinden, als dies zu Zeiten des Kalten Kriegs möglich war. Das zweite Forum wurde eingeleitet durch Beiträge zum öffentlichen Recht, Zivilrecht und Strafrecht sowie zu Osteuropa in der EU und Gesichtspunkten aus der Praxis. Unterschiedliche Publikationsvorhaben wurden vorgestellt und Forschungsstrategien erörtert. Erwähnt wurden Querschnittsdarstellungen zur Verfassung oder sogar zur gesamten Rechtsordnung einzelner Länder, aber auch die dogmatische Arbeit an Einzelfragen und das Bestreben um thematische und regionale Ausgewogenheit. Einig waren sich Stimmen aus Wissenschaft und Rechtspraxis darüber, dass Rechtsvergleichung und Kooperation einander bedingen – auch wenn heute Informationen zu nationalen Rechtsordnungen in nie dagewesenem Umfang verfügbar seien, lasse sich die fremde Rechtsordnung nicht vollwertig ohne intensiven Austausch mit dem betreffenden Land einschließlich seiner Kultur und Sprache erkennen. Deutlich wurde dabei auch, wie vielfältig die Kontakte zwischen Ost und West heute sind; gleichzeitig war die weitere Vernetzung der verschiedenen Initiativen eines der am häufigsten formulierten Anliegen. Verbindungen zu Fragestellungen aus der allgemeinen Rechtsvergleichung wurden sichtbar in Diskussionsbeiträgen zum Sinn von Rechtsvergleichung und zur Vernetzung von Theorie und Praxis, die sich im Recht auf spezifische Weise begegnen und bedingen. So nötige die privatrechtliche Rechtsgestaltung und Streitbeilegung immer wieder dazu, neben aufgeworfenen Sonderfragen das Verhältnis von Parteiautonomie und zwingendem Recht, Gesetzbuch und Sondergesetz, Form und Inhalt des Rechtsgeschäfts neu zu überdenken und abzuwägen. Über das Zivilrecht hinaus betrafen mehrere Beiträge die Rolle allgemeiner Formanden des Rechtslebens in den postsozialistischen Staaten Osteuropas und auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Besonderheiten dieses Raums zeigten sich nicht nur im Staatsrecht, sondern auch in anderen, eher technischen Bereichen wie der – in der EU dem Normtext nach weitgehend harmonisierten – Kontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen (dem Thema ist das Heft 1/2020 der Zeitschrift OSTEUROPA-Recht gewidmet). Mehrfach wurde auch geäußert, wie dringend der Bedarf in der Praxis nach systematisierenden Untersuchungen zu konkreten rechtlichen Fragen sei. Besonders erwähnt wurden die Absetzbewegungen, die vor allem in Polen, Ungarn und Russland augenfällig sind – der Westen tue gut daran, die Entwicklungen



Anna Vasilieva



Burkhard Breig



Caroline von Gall



Rainer Wedde



Azar Aliyev

genau im Auge zu behalten, schon wegen der Wechselwirkungen über die europäischen Institutionen. Große Bedeutung habe der postsowjetische Raum als eigener „Gegenstand“ nicht nur aus der Außensicht, sondern auch aus Sicht Russlands (und wohl auch der anderen Länder dieses Raums). Es wurde auch konstatiert, dass bis heute osteuropäische Juristinnen und Juristen in gesamteuropäischen Forschungsprojekten unterrepräsentiert seien und sich für sie daher in diesem Feld auch besondere Chancen eröffnen.

Im dritten Forum ging es um die Zukunft der osteuropagerichteten Rechtsvergleichung. Vielfach und in unterschiedlichen Schattierungen ging es um die Berechtigung von „Rechtsexport“ – jedenfalls kann es nicht vor allem um die Werbung für konkrete Vorschriften oder gar um „Belehrung“ gehen, sondern Neugier und gegenseitiges Interesse sind Grundvoraussetzungen für Rezeption, was die gemeinsame Arbeit an der Suche nach gemeinsamen Grundlagen nicht ausschließt, sondern geradezu voraussetzt, so schien es letztlich Konsens zu sein. In solcher Vermittlung zwischen unterschiedlichen Traditionen und Kulturräumen liegt wohl ein wesentlicher Beitrag, den nach Osteuropa gerichtete Rechtsforschung im deutschsprachigen Raum, aber auch „Westrechtsforschung“ in den Ländern Osteuropas zur Rechtsentwicklung leisten können. Rechtsvergleichend Tätige können sich auch bemühen, an der Rechtsentwicklung in den Ländern, die sie erforschen, beratend teilzunehmen und dort auch zu publizieren.

In den kommenden Jahren werde das „Ostrecht“ den Weg der Integration in die allgemeine Rechtsvergleichung fortsetzen und sich dabei auch interdisziplinär öffnen. Neben der Arbeit an praktischen juristischen Lösungen und Forschung gehe es aber auch um Dienstleistung für der Öffentlichkeit. Angesichts der Vielfalt der Aufgaben bestehe kein Grund zur Verzagtheit. Die Finanzierung der Institutionen sei wichtig und setze eine Orientierung an den praktischen Bedürfnissen voraus. Für die Vernetzung, aber auch Kommunikation nach außen kann die DGO eine wichtige Aufgabe wahrnehmen.

Die Veranstaltung vermittelte einen Eindruck von der Breite und Vielfalt der Initiativen auf Osteuropa bezogener Rechtsvergleichung und Rechtspraxis im deutschsprachigen Raum und dem anhaltenden gegenseitigen Interesse zwischen den vielgestaltigen juristischen Gemeinschaften Europas. Das Bedürfnis nach Zusammenarbeit über Ländergrenzen, Berufsfelder und Disziplinen hinweg war ein roter Faden, der die Veranstaltung durchzog. Das Fachgespräch mit über 50 Teilnehmenden aus West- und Osteuropa profitierte von der pandemiebedingten Form insofern, als Personen interagierten, die sonst wohl nicht so zusammengekommen wären. Der Austausch verdeutlichte die Bedeutung der Fachgruppen der DGO und war vielleicht ein kleiner praktischer Beitrag zu einem Dialog der Rechtskulturen, der in seiner Weise an „Methodendiskussionen“ des Ostrechts vergangener Jahre anknüpft.

Der Krieg um Bergkarabach / The war over Nagorno-Karabakh

Bericht: Henri Koblischke

Screenshot: Olessia Seminina

Nach knapp sieben Wochen Krieg um Bergkarabach und Tausenden Toten und Vertriebenen vereinbarten Armenien und Aserbaidschan unter Vermittlung Russlands am 9. November 2020 einen Waffenstillstand, der von russischen Friedensstruppen überwacht wird. Armenien muss die seit Anfang der neunziger Jahre besetzten aserbaidchanischen Gebiete zurückgegeben, Teile Bergkarabachs sind nun unter Kontrolle Aserbaidschans. Der ehemalige OSZE-Diplomat Günther BÄCHLER begrüßte den Waffenstillstand als überfällig. Bächler verurteilte den Krieg als

„illegal“ und „unnötig“ und verwies auf bestehende Vereinbarungen zur Konfliktlösung wie die Minsk-Gruppe der OSZE unter dem Vorsitz Frankreichs, Russlands und der USA. Obwohl das Sterben nun ende, gebe es aber immer noch viele offene Fragen, beispielsweise die Modalitäten der Rückkehr von Flüchtlingen und ihr Schutz oder der Status Bergkarabachs. Bei diesen altbekannten Fragen sei kein Fortschritt zu verzeichnen.

Dieser Sichtweise schloss sich Richard GIRAGOSIAN vom Regional Studies Center in Jerewan

an. Das Abkommen führe zu „mehr offenen Fragen als es Antworten gibt“. Seiner Auffassung nach könne man nicht von russischen Friedenstruppen sprechen, da diese, wenn einmal stationiert, nicht mehr gehen

würden. Dies erhöhe den Einfluss Russlands auf beide Konfliktparteien. Inwiefern die kleine Zahl der russischen Soldaten menschliche Sicherheit garantiere, sei offen. Für weitere Verhandlungen forderte Giragosian eine Rückkehr zum Minsk-Format; der Friedensprozess dürfe kein unilaterales Bestreben Russlands bleiben. Die armenische Demokratie sei

infolge des unvorteilhaften Waffenstillstandsabkommens nun gefährdet. Dies liege im Interesse Russlands, das keine Demokratien in seiner Nachbarschaft haben wolle. Viele Armenier*innen seien enttäuscht vom „ohrenbetäubenden Schweigen“ und der mangelnden Unterstützung der jungen Demokratie durch die internationale Gemeinschaft und vor allem die EU. Nichtsdestotrotz zeigte er sich optimistisch mit Blick auf die weitere Demokratisierung: Autokratie und Korruption wie in Aserbaidschan seien keine attraktiven Modelle für Armenien.

Podiumsdiskussion
17. November 2020, online

Der aserbaidische Konfliktforscher Aser BABAJEV von der ADA University in Baku bezeichnete die Stationierung der russischen Friedenstruppen als die strategisch wichtigste Entwicklung des Waffenstillstands. Diese hinterließe aber in Aserbaidschan nach dem militärischen Sieg einen „bitteren Nachgeschmack“. Nichtsdestotrotz sah er das Waffenstillstandsabkommen als Sieg für Aserbaidschan, das seine verlorenen Gebiete zurückerlangt habe, was entscheidend für die Rückkehr von aserbaidischen Flüchtlingen sei. Allerdings stimmte er Bächler und Giragosian zu, dass das Waffenstillstandsabkommen kein Friedensabkommen sei und der Status Bergkarabachs nach wie vor ungeklärt bleibe.

Bächler verwies darauf, dass die Stationierung von Friedenstruppen während der Verhandlungen im Rahmen der Minsk-Gruppe immer nur als Teil eines Friedensabkommens diskutiert wurde. Nun gebe es „sogenannte Friedenstruppen“, aber kein Friedensabkommen. Als Vorbedingung für die Klärung des endgültigen Status Bergkarabachs müsse das Waffenstillstandsabkommen klar ausbuchstabiert werden. Beispielsweise müsse geklärt werden, welche Flüchtlinge zurückkehren könnten und wie gegebenenfalls eine friedliche Koexistenz durch Versöhnungsmechanismen sichergestellt werden könne. Hinsichtlich der Rückkehr der Flüchtlinge kommentierte Giragosian: „Ich bin froh, dass ich kein Diplomat bin“, denn eine tragfähige Lösung zu erarbeiten sei schwierig. Allerdings, betonte er, das Recht auf Rückkehr sei wichtiger als die eigentliche Rückkehr und Fortschritte könnten zur Vertrauensbildung auf beiden Seiten beitragen. Bächler warf Russland vor, die OSZE „absichtlich geschwächt“ zu haben, indem sie in die Waffenstillstandsverhandlungen nicht einbezogen wurde. Nichtsdestotrotz könne die Minsk-Gruppe vermitteln, um eine Lösung bezüglich des Status der Region herbeizuführen. Kurzfristig forderte er die Organisation einer Geldgeberkonferenz für den Wiederaufbau Bergkarabachs. Babajev hielt dem entgegen, die Minsk-Gruppe sei „bereits tot“ und die Lösung des Konflikts hänge nun von der Verständigung Russlands und der Türkei ab. Während auch



v.l.n.r.: Gabriele Freitag, Azer Babajev, Richard Giragosian, Günther Bächler

Giragosian die Bedeutung der Türkei unterstrich, zeigte sich Bächler skeptisch. Russland sei durch seine Friedenstruppen der maßgebliche Akteur, nicht die Türkei.

Im Hinblick auf den Übergang von einem Waffenstillstand zu einer nachhaltigen Konfliktlösung entspannte sich eine Kontroverse zwischen zwei unterschiedlichen Lagern der Konfliktforschung. Giragosian vertrat die These des „demokratischen Friedens“. Demokratien wie Armenien seien besser geeignet, die Narrative der Feindschaft zu überwinden und Friedensprozesse durch persönliche Kontakte auf gesellschaftlicher Ebene zu ermöglichen. Das autokratische Regime Aserbaidschans sei „das fehlende Puzzelstück“ auf dem Weg zum Frieden. Babajev widersprach dem und nannte die Verknüpfung von Konfliktlösung und Regimetyp eine „falsche Diskussion“. Es sei eine „Illusion“, dass ein demokratisches Aserbaidschan eine friedlichere Außenpolitik führen würde. Seine Analyse beruht auf der Annahme, dass ein starker Führer den Nationalismus kontrolliert, wohingegen Demokratien wie Armenien vom Nationalismus der eigenen Bevölkerung getrieben werden. Es ist lohnenswert, diese gegensätzlichen Thesen weiter zu erkunden.

Die Aufzeichnung der Podiumsdiskussion ist unter folgendem Link abrufbar:
<https://youtu.be/qq4wvD2ZGgo>



Moldau nach den Präsidentschaftswahlen

Bericht: Henri Koblischke

Screenshots: Olessia Seminina

Die Republik Moldau hat eine neue Präsidentin. Die pro-europäische liberale Herausforderin Maia Sandu gewann die Stichwahl am 15. November 2020 gegen den sozialistischen Amtsinhaber Igor Dodon eindeutig mit 57 zu 42 Prozent. Über die Implikationen des Wahlausgangs diskutierten der Vorsitzende des Deutsch-Moldauischen Forums Fritz FELGENTREU und Juliane SCHULTE, die Repräsentantin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Rumänien und der Republik Moldau.

Im Rückblick auf den Wahlkampf bilanzierte Schulte, Dodons Taktik der Diskreditierung seiner Gegnerin sei nicht aufgegangen. So behauptete Dodon, Sandu wolle den Konflikt um das separatistische Transnistrien militärisch lösen, russische Schulen schließen oder die gleichgeschlechtliche Ehe einführen. Im Gegensatz dazu zielte Sandus Wahlkampf darauf ab, „die soziale Frage in den Mittelpunkt zu rücken“ und nicht die geopolitische Orientierung des Landes, meinte Felgentreu. Viele Menschen hätten

Sandu als Politikerin gewählt, die sich endlich um das Land und die innenpolitischen Fragen kümmere.

Als Gründe für Dodons Niederlage identifizierte Schulte drei Aspekte: Erstens sei Dodon im Gegensatz zu Sandu bei der Korruptionsbekämpfung nicht mehr glaubwürdig. Zweitens, sei die wirtschaftliche Situation durch die Corona-Pandemie und eine Dürre, die das Agrarland schwer treffe, angespannt. Drittens votierte die Diaspora, die dazu neigt, liberale Kandidaten zu wählen, mit über 90 Prozent für Sandu – nicht zuletzt, weil Dodon sie nach dem ersten Wahlgang als „paralleles Elektorat“ bezeichnete. Felgentreu sieht das Wahlergebnis als „glasklares Signal“ für den Wählerwunsch

nach anderen Verhältnissen. Allerdings gebe es keine revolutionäre Umwälzung der politischen Konstellation, da das Parlament weiterhin von den Sozialisten dominiert werde. Im parlamentarischen Regierungssystem Moldaus verfügt die Präsidentin nur über eingeschränkte Befugnisse. Dass in den letzten Jahren ein

Podiumsdiskussion
23. November 2020, online

Kooperationspartner:
Deutsch-Moldauisches Forum

anderer Eindruck entstanden sei, lag laut Felgentreu an der starken Position Dodons in der sozialistischen Partei. Dieser habe sich als ein Präsident inszeniert, der aus dem Präsidentsamt heraus durchregiere.



Juliane Schulte



Fritz Felgentreu



Henri Koblischke

Eine Zusammenarbeit der Regierung und anderer Fraktionen mit Sandu und ihrer Partei „Aktion und Solidarität“ (PAS) ist laut Schulte unwahrscheinlich, da es keine Kooperationskultur gebe. Laut Felgentreu wäre es eine logische Konsequenz, dass Sandu die Dynamik ihres Wahlsiegs nutzt, um durch vorgezogene Neuwahlen eine stärkere Position im Parlament zu erringen. Die Hürden für Neuwahlen sind jedoch hoch, wie Schulte unterstrich. Die anderen Parteien seien weniger erpicht auf Neuwahlen. Ganz im Gegenteil könne sich Dodon nun womöglich sogar als Ministerpräsident wählen lassen. Kurzfristig könnten sich die Sozialisten auf informelle Koa-

litionen stützen, langfristig sei die Lage aber instabil und vorgezogene Neuwahlen nicht auszuschließen.

Sowohl Felgentreu als auch Schulte zeichneten ein von vielen Unbekannten geprägtes Bild der moldauischen Politik. So muss die PAS nun fortan ohne ihre Gallionsfigur Sandu auskommen. Der 2019 aus dem Land geflohene Oligarch Vlad Plahotniuc sei nach wie vor ein politischer Akteur, meinte Schulte. Er verfüge noch immer über Einfluss, etwa durch die Fraktion Pro Moldova. Zudem besitze er weiterhin Druckmittel gegenüber vielen Politiker*innen. Angesprochen auf Parallelen zu Rumänien, wo der Machtkampf über die Korruptionsbekämpfung zwischen der sozialdemokratischen Regierung und dem liberalen Präsidenten eskalierte, mutmaßte Felgentreu, dass man womöglich über eine Amnestieregelung für Korruptionsvergehen nachdenken müsse. Dies sei womöglich ein pragmatischer, wenn auch schwerer Weg, um Fortschritte zu erzielen.

Außenpolitisch war Moldau unter Dodon isoliert, ganz im Gegensatz dazu sei Sandu im Ausland sehr beliebt, sagte Felgentreu. „Atmosphärisch wird sich viel verändern“, wagte er einen Ausblick auf die Beziehungen Moldaus zur Europäischen Union. „Wenn sie eine Europareise macht, dann werden ihr alle Türen offenstehen“. Schulte prognostizierte, dass sich insbesondere die Beziehungen zum Nachbarland Rumänien verbessern werden. Dodons Beziehungen zu Bukarest seien „extrem schlecht“ gewesen, nicht zuletzt aufgrund seiner pro-russischen Einstellung. Die Freude über Sandus Wahlsieg sei dementsprechend in Rumänien groß gewesen. Sowohl Felgentreu als auch Schulte erinnerten aber daran, dass Außenpolitik vor allem von der Regierung gemacht werde. Aller Sympathie für Sandu zum Trotz forderten sie daher, die EU-Hilfen weiterhin zu konditionieren.

Generell, so Felgentreu, gelte es für Sandu, ein erfolgreiches Erwartungsmanagement zu betreiben. Sie müsse realistische Szenarien präsentieren und gleichzeitig die vielen auf sie projizierten Hoffnungen nicht enttäuschen. Unmittelbar nach ihrer Wahl nahm bereits der erste Machtkampf Gestalt an. Auf Antrag der Sozialisten entzog das Parlament der Präsidentin die Aufsicht über die Geheimdienste. Sandu rief daraufhin die Bürger*innen zum Protest auf.

Die Aufzeichnung der Podiumsdiskussion ist unter folgendem Link abrufbar: https://youtu.be/d2mldCG5_hk



Kirgisistan nach dem erneuten Umsturz

Bericht: Henri Koblischke

Screenshots: Olessia Seminina

Zum dritten Mal in 15 Jahren haben Proteste in Kirgisistan zum Rücktritt eines Präsidenten geführt. Der Amtsinhaber Sooronbai Dscheenbekow trat Mitte Oktober 2020 infolge von Protesten gegen Unregelmäßigkeiten bei den Parlamentswahlen zu Beginn des Monats zurück. In dem darauffolgenden gewaltsamen Machtkampf hat sich mit Sadyr Schaparow ein Politiker mit zweifelhafter Vergangenheit als neuer starker Mann durchgesetzt. Bei den im Januar anberaumten Präsidentschaftswahlen gilt er als aussichtsreichster Kandidat. Die Zentralasiensexpertinnen Beate ESCHMENT vom Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) und Kishimjan OSMONOVA, die an der Humboldt-Universität zu Berlin forscht, beleuchteten die politischen Verhältnisse in Kirgisistan vor dem Hintergrund der bevorstehenden Wahlen und der Verfassungsreform.

Die Ursachen für die Proteste machte Beate Eschment in der Verschlechterung der Lebensbedin-

gungen in Kirgisistan aus, zu denen insbesondere die Corona-Pandemie beigetragen hat. Die Fälschungen der Parlamentswahlen hätten das Fass zum Überlaufen gebracht: „Junge und urbane Menschen wollen einen

Wandel“, resümierte sie.

Darin stimmte ihr Kishimjan Osmonova zu. Insbesondere gebildete Menschen demonstrierten gegen die Fälschungen und wurden dabei von der kirgisischen Diaspora unterstützt. Allerdings, fügte sie hinzu, sei die junge Generation keineswegs homogen und auch der zurückgetretene Präsident habe viele Unterstützer*innen. Die zwei wichtigsten Partner Kirgisistans, Russland und China, hätten den Status quo gegenüber einem Macht-

wechsel durch Druck von der Straße bevorzugt, sagte Eschment, weshalb auch ein Abgesandter des Übergangspräsidenten Schaparow im Kreml nicht empfangen worden sei. Beide Expertinnen waren sich jedoch darin einig, dass externe Akteur*innen keine entscheidende Rolle bei den politischen Umwälzungen gespielt hätten.

Podiumsdiskussion

1. Dezember 2020, online

Kooperationspartner: Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS)



Beate Eschment



Kishimjan Osmonova



Gabriele Freitag

Die geplante Verfassungsreform betrachtete Kishimjan Osmonova kritisch. Sie sei zwar ein Ablenkungsmanöver Schaparows, der kein inhaltliches Programm für das Land habe, beinhalte aber einige problematische Punkte. Das bestehende Parlament sei nicht mehr legitim, plane aber trotzdem eine Verfassungsreform, von der niemand wisse, wer sie entworfen habe. Die Verfassungsreform ziele darauf ab, Kirgisistan in ein Präsidialsystem umzuwandeln, welches beträchtliche Macht in der Hand des Präsidenten konzentriere. Zudem solle es eine Art „Parallelparlament“ geben und die freie Meinungsäußerung eingeschränkt werden. Beate Eschment relativierte die Folgen der möglichen

Verfassungsreform. Dies sei nicht die erste Verfassungsreform Kirgisistans und auch nicht das erste präsidentielle System des Landes. Die Gefahr, dass die Verfassungsreform zu einer autokratischen Herrschaft führen könne, sei gering. Die Geschichte Kirgisistans zeige, dass es an einem gewissen Punkt zu erneuten Protesten und einem Sturz des Präsidenten kommen werde.

Mediale Interpretationen, wonach der Umsturz ein Zeichen für Demokratisierung sei, verwies Eschment ins Reich der Fabeln: „Das klang viel zu schön um wahr zu sein – geradezu perfekt.“ Man solle sich nicht täuschen lassen, denn was am Anfang ein legitimer Protest breiter Bevölkerungsschichten gegen Wahlfälschungen gewesen sei, habe sich schnell zum Machtkampf verschiedener politischer Fraktionen entwickelt, bei dem der Akteur mit den schlagkräftigsten Anhänger*innen gewonnen habe. Kirgisistan wirke lediglich demokratisch, weil seine zentralasiatischen Nachbarn so autoritär und der kirgisische Staat zu schwach sei, um die Eliten zu kontrollieren und eine effektive autokratische Herrschaft zu errichten.

Statt Veränderungen stellte Eschment vielmehr Kontinuitäten zu den Rücktritten der Präsidenten Askar Akajew (2005) und Kurmanbek Bakijew (2010) fest. Es gebe lediglich neue Gesichter, aber keinen Systemwandel. Wie bei jedem bisherigen Machtwechsel wiederhole sich auch dieses Mal ein bekanntes Muster: Schlüsselpositionen würden neu besetzt, der Kampf gegen Korruption öffentlich propagiert, aber nicht ernst gemeint und die Verfassung werde reformiert. Optimistische Interpretationen der Ereignisse als „Revolution“ sind nach dieser Interpretation fehl am Platz. Inwiefern sich das als altbekannt betrachtete Muster der kirgisischen jüngeren Geschichte tatsächlich wiederholen wird, bleibt abzuwarten und auf einer zukünftigen Veranstaltung nach den Wahlen im Januar 2021 und der vollzogenen Verfassungsreform zu diskutieren.

Die Aufzeichnung der Podiumsdiskussion ist unter folgendem Link abrufbar:
<https://youtu.be/lhJlDg5TBOI>



Impressum

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Schaperstr. 30
 10719 Berlin

Geschäftsführung:
 Dr. Gabriele Freitag
 T 049 (0) 30 214 784 12
 F 049 (0) 30 214 784 14
 E info@dgo-online.org
www.dgo-online.org

Redaktion und Satz: Olessia Seminina
 Satz: Marta Warmińska
 Redaktionsschluss: 31.12.2020

Fotos auf den Seiten: 2-3 und 11 von Dirk Enters

Die DGO erhält eine institutionelle Förderung vom Auswärtigen Amt.

www.dgo-online.org